



**3 JAHRE
FRANKFURT
NEU GEDACHT**

**ZWISCHENBILANZ
DER GRÜNEN IM RÖMER**



Impressum

Die GRÜNEN im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 212 70245
E-Mail: info@gruene-fraktion.frankfurt.de

www.gruene-fraktion.frankfurt.de

Texte: Tina Zapf-Rodríguez, Dimitrios Bakakis in Zusammenarbeit mit der
GRÜNEN Fraktion und Fraktionsgeschäftsstelle

Layout: Anne Kubik

Druck: dieUmweltDruckerei

Frankfurt am Main 2024



INHALT

<i>Editorial: Drei Jahre Frankfurt neu denken</i>	4-5
<i>Wer wir sind</i>	6-9
<i>Kurz erklärt: Wie funktioniert Kommunalpolitik?</i>	10-11
<i>Umwelt und Klima</i>	12-19
<i>Soziales</i>	20-22
<i>Frauen und Gleichberechtigung</i>	23-25
<i>Mobilität und Smart City</i>	26-31
<i>Diversität und gesellschaftlicher Zusammenhalt</i>	32-37
<i>Beteiligung</i>	38-39
<i>Gesundheit und Drogenpolitik</i>	40-43
<i>Finanzen, Personal und Anti-Korruption</i>	44-45
<i>Bildung und Betreuung</i>	46-48
<i>Planen, Wohnen und Städtebau</i>	49-52
<i>Kultur</i>	53-55
<i>Sport</i>	56-57
<i>Sicherheit und Ordnung</i>	58-59
<i>Wirtschaft</i>	60-61
<i>Digitalisierung</i>	62
<i>Interview mit den Fraktionsvorsitzenden</i>	63-66
<i>Team der Fraktionsgeschäftsstelle</i>	67

EDITORIAL

Die vergangenen Jahre waren für Frankfurt am Main eine Zeit des Wandels und der Herausforderungen – aber auch der Chancen. Sie waren geprägt von einer Vielzahl von Themen, die von der Bewältigung der COVID-19-Pandemie und der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bis hin zu ökologischen, sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Fragestellungen reichten. In dieser Bilanz werfen wir einen konstruktiven Blick auf die vergangenen drei Jahre und beleuchten die Schlüsselmomente, Erfolge und Herausforderungen für unsere Koalition aus GRÜNEN, SPD, FDP und Volt. Wir haben gezeigt, dass wir in der Lage sind, die Stadt an veränderte Umstände anzupassen und innovative Lösungen zu finden.

Mit uns GRÜNEN an der Spitze hat sich Frankfurt verstärkt auf nachhaltige Entwicklung, Klima- und Umweltschutz konzentriert. Wir setzen ambitionierte Ziele zur Reduzierung von CO₂-Emissionen, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Förderung nachhaltiger Mobilität. Die Erweiterung von Grünflächen, der Schutz unserer Artenvielfalt und die Umsetzung der Energiewende waren und sind

zentrale Anliegen – genauso wie die immer wichtiger werdenden Maßnahmen zur Klimawandelanpassung. Wir müssen gewappnet sein für immer mehr Hitze in der Stadt, für immer häufiger auftretende Starkregenereignisse und Wetterextreme.

Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch die Mobilitätswende hin zu mehr öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad- und Fußverkehr voranzutreiben. Wir müssen weg von der autogerechten hin zu einer menschenfreundlichen Stadt kommen. Diese Debatte wird hochemotional geführt, auch in Frankfurt. Aber wir sind uns sicher: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Auch die Wohnungsproblematik bleibt ein wesentliches Thema der Kommunalpolitik in Frankfurt. Trotz unserer Initiativen zur Förderung von



DREI JAHRE FRANKFURT NEU DENKEN

bezahlbarem Wohnraum sind wir weiterhin mit steigenden Mieten und begrenztem Wohnraum konfrontiert. Hierbei Abhilfe zu leisten ist ein Dauerbrenner im politischen Diskurs.

Soziale Fragen ganz generell beschäftigen uns GRÜNE intensiv: Wie können wir ohne entsprechende Ausstattung durch Land und Bund immer mehr Menschen, die in Armut abrutschen, auffangen? Wie geflüchteten und obdachlosen Menschen dezentral Wohnmöglichkeiten vermitteln, während die Zahl an unterzubringenden Menschen stetig steigt? Was bleibt, ist Abwägen und Kompromisse finden. Und das ohne den gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt zu gefährden.

Es ist wichtiger denn je, dass wir uns gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Weg stellen, dass wir rechtsextremen Strömungen die Stirn bieten. Auch in der Kommunalpolitik heißt es: Haltung zeigen! Wir leben und lieben die Diversität unserer multikulturellen Stadt und werden sie weiter verteidigen.

Unsere Stadt ist nicht nur bunt und multikulturell, sondern lebt auch von einer großartigen Kulturlandschaft – von den Städtischen Bühnen bis hin zur vielfältigen freien Szene. In welche Richtung wir die Kultur in Frankfurt weiterentwickeln wollen, darauf haben wir seit 2021 einige Antworten gefunden.

Und auch in den Bereichen Frauenrechte und Gleichstellung, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen, Sport, Sicherheit und Beteiligung haben wir GRÜNE im Römer viele Projekte angestoßen. In den letzten drei Jahren haben wir in all den verschiedenen Bereichen so manches erreicht und zahlreiche Punkte unseres umfangreichen Koalitionsvertrages umgesetzt. In der vorliegenden Zwischenbilanz finden sich Informationen zu den wichtigsten Themenkomplexen, mit denen wir uns in Gesprächen, in Ausschusssitzungen, in der Stadtverordnetenversammlung und in öffentlichen Debatten auseinandergesetzt haben.

Wir haben in all diesen Themen Fortschritte erzielt. Und doch stehen der Kommunalpolitik in Frankfurt weiterhin bedeutende Herausforderungen bevor. Die Bewältigung der sozialen Ungleichheit, die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum und die konsequente Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen hin zur Klimaneutralität 2035 erfordern anhaltende Anstrengungen. Die Stadt muss zudem flexibel auf neue globale Herausforderungen reagieren und sich weiterhin als attraktiven Standort für Unternehmen und Bürger*innen positionieren.

Die kommenden Jahre werden entscheidend dafür sein, wie Frankfurt die gesteckten Ziele erreicht und sich als lebenswerte, nachhaltige und wirtschaftlich starke Stadt weiterentwickelt.

***Viel Spaß beim Lesen wünschen
Tina Zapf-Rodríguez und Dimitrios Bakakis***

WER WIR SIND

UNSERE STADTVERORDNETENVORSTEHERIN



Hilime Arslaner

Stadtverordnetenvorsteherin

UNSER FRAKTIONSVORSTAND



Tina Zapf-Rodríguez

Fraktionsvorsitzende •
Fraktionsgeschäftsführerin



Dimitrios Bakakis

Fraktionsvorsitzender • Queerpolitischer
Sprecher • Fraktionsgeschäftsführer



Natascha Kauder

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende •
Sport- und Freizeitpolitische Sprecherin



Dr. Katharina Knacker

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende •
Mobilitätspolitische Sprecherin



Julia Roshan Moniri

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende •
Vorsitzende des Ausschusses für Planen,
Wohnen und Städtebau • Finanz- und
Verwaltungspolitische Sprecherin



Emre Telyakar

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
• Sprecher für Migration und Flucht •
Sprecher für Europa-Politik • Sprecher
für Diversität und Anti-Diskriminierung

UNSERE MAGISTRATSGRUPPE



Dr. Nargess Eskandari-Grünberg

Bürgermeisterin • Dezernentin für
Diversität, Antidiskriminierung und
gesellschaftlichen Zusammenhalt



Dr. Bastian Bergerhoff

Kämmerer • Dezernent für Finanzen,
Beteiligung und Personal



Elke Voitl

Dezernentin für Soziales
und Gesundheit



Rosemarie Heilig

Dezernentin für Klima,
Umwelt und Frauen



Wolfgang Siefert

Dezernent für Mobilität



Anna Grundel

Ehrenamtliche Stadträtin



Christian Setzepfand

Ehrenamtlicher Stadtrat



Claus Möbius

Ehrenamtlicher Stadtrat

UNSERE STADTVERORDNETEN



Mehmet Agatay

Mitglied des Ortsbeirats 6



Uli Baier

Bau- und Liegenschaftspolitischer
Sprecher



Beatrix Baumann

Sozial-, Drogen- und
Frauenpolitische Sprecherin



Julia Eberz

Kulturpolitische Sprecherin



David Edelmann

Klimapolitischer Sprecher



Julia Frank

Planungs- und Bildungs-
politische Sprecherin



Johannes Lauterwald

Wohnungs-, Kinder- und Jugend-
politischer Sprecher • Ortsvorsteher
des Ortsbeirats 7



Sylvia Momsen

Behinderten- und Senior*innen-
politische Sprecherin



Uwe Paulsen

Wirtschafts-, Wissenschafts- und
Kulturpolitischer Sprecher



Dr. Christoph Rosenbaum

Gesundheits-, Beteiligungs- und
Sicherheitspolitischer Sprecher



Thomas Schlimme

Umweltpolitischer Sprecher



Friederike von Franqué

Sprecherin für Smart City

**3 Jahre.
30 Köpfe.
1000 Ideen.**



Martina Düwel

Haushaltspolitische Sprecherin



Dana Kube

Vorsitzende des Ausschusses für
Bildung und Schulbau •
Digitalpolitische Sprecherin



Marlene Riedel

Mitglied des Ortsbeirats 4 •
Sprecherin für frühkindliche
Bildung und Betreuung

**WIR DENKEN
FRANKFURT
NEU.**



KURZ ERKLÄRT WIE FUNKTIONIERT KOMMUNALPOLITIK?

A Ausschüsse

Vor jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, in der Vorlagen final beschlossen werden, findet ein sogenannter Gremienzug statt. Das bedeutet, dass alle Vorlagen zunächst in den thematisch passenden Fachausschüssen diskutiert und abgestimmt werden. Alle Fraktionen entsenden Mitglieder in jeden Ausschuss. Diese Mitglieder der Ausschüsse sind Fachpolitiker*innen für die Themen, mit denen sie sich in ihren Ausschüssen beschäftigen.

D Dezernate

Dezernent*innen sind Leiter*innen eines bestimmten Geschäftsbereichs einer Behörde – eines Dezernats – mit eigenen Entscheidungsbefugnissen. Dezernate sind je nach Behördentyp organisatorisch oder inhaltlich voneinander abgegrenzt. In Frankfurt gibt es insgesamt 12 Dezernate – das reicht von Diversität und Antidiskriminierung bis zu Mobilität.

K Kämmerei

Die Stadtkämmerei ist für zentrale Finanzangelegenheiten der Stadt zuständig. Dazu zählen insbesondere die Aufstellung der Haushaltssatzungen und Haushaltspläne, die Erstellung der Jahresabschlüsse und Konzernabschlüsse, das Beteiligungsmanagement der städtischen Eigenbetriebe, Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften sowie die zentrale Kredit- und Vermögensverwaltung.

M Magistrat

Der Magistrat ist die Stadtregierung und stellt die Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung dar: ihm untersteht die gesamte Stadtverwaltung mit allen Ämtern und Betrieben. Als Verwaltungs- und „ausführendes Organ“ trifft der Magistrat Entscheidungen zu laufenden Verwaltungsangelegenheiten, bereitet Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor und führt diese aus. Darin wird er von der Stadtverwaltung unterstützt. Der Frankfurter Magistrat setzt sich derzeit aus Oberbürgermeister, Bürgermeisterin, Stadtkämmerer und neun weiteren hauptamtlichen sowie 14 ehrenamtlichen Stadträt*innen zusammen.

Hauptamtliche Magistratsmitglieder verantworten einen eigenen Geschäftsbereich, das Dezernat, wobei jedem Dezernat entsprechende Ämter zugeordnet sind (siehe links). Als Kollegialorgan fasst der Magistrat die Beschlüsse mehrheitlich. Seine Sitzungen sind nicht öffentlich.

Der Magistrat nimmt an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teil. In den Sitzungen der Ausschüsse wird er in der Regel durch die zuständigen Dezernent*innen vertreten. In diesen Gremien haben die Magistratsmitglieder zwar immer Rede- und Stimmrecht, dürfen sich jedoch nicht an Abstimmungen beteiligen.

O Ortsbeiräte

Über sie wird direkt in der Kommunalwahl von den Frankfurter*innen entschieden: die 16 Ortsbeiräte mit insgesamt 284 Mitgliedern sind vor allem Mittler zwischen ihrem Stadtteil und der Stadtverordnetenversammlung. In Fragen bezüglich ihrer Ortsbezirke müssen sie von dieser – ebenso wie vom Magistrat – angehört werden. Die Ortsbeiräte können von der Stadtverordnetenversammlung allgemein oder im Einzelfall Kompetenzen übertragen bekommen, etwa wenn es um Verkehrsmaßnahmen oder die Gestaltung des öffentlichen Raums direkt vor Ort geht. Jeder Ortsbeirat hat zudem ein eigenes Budget (entsprechend der Einwohnerzahl), über das er frei verfügen kann.

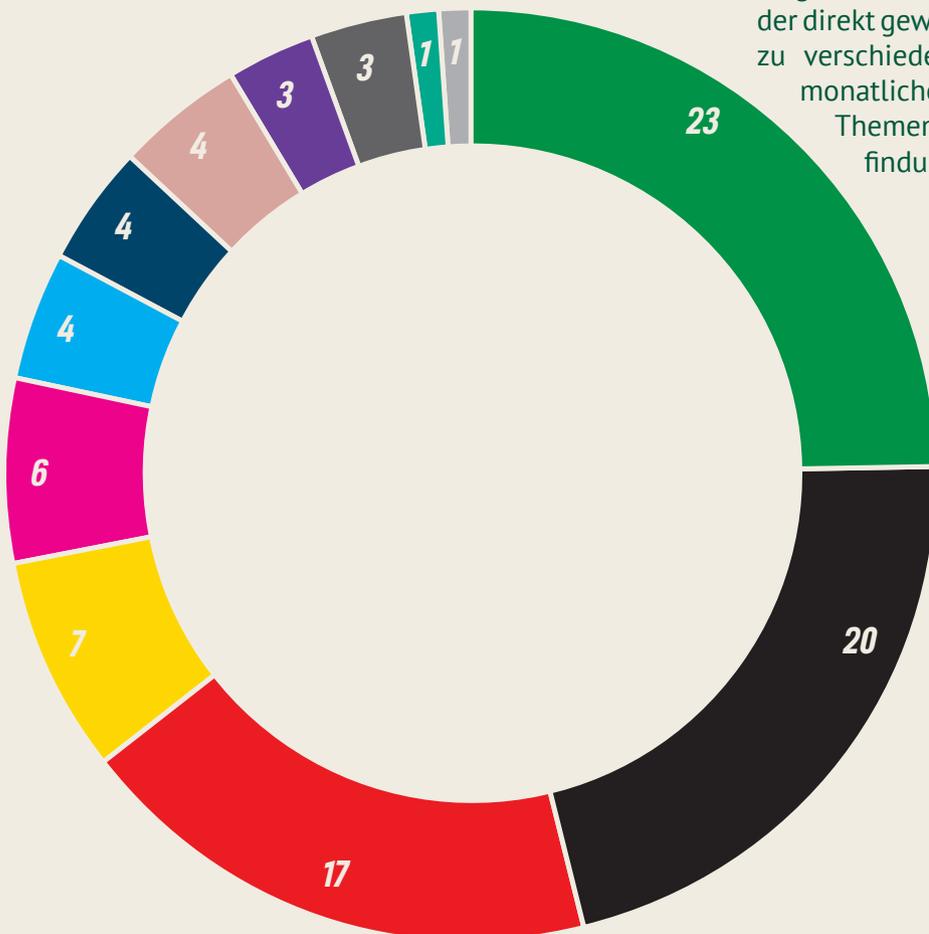
S Stadtverordnete

Sie sind Mitglieder des Stadtparlaments und müssen bei der Ausübung ihres Mandats Rücksicht auf das Gemeinwohl nehmen. Sie arbeiten ehrenamtlich und sind in ihren Entscheidungen grundsätzlich frei. Gleichwohl sind sie den Bürger*innen sowie ihrer Partei verpflichtet. Außerdem repräsentieren sie die Stadt Frankfurt bei offiziellen Anlässen.

Stadtverordnetenversammlung

Das von den Bürger*innen gewählte Stadtparlament im Römer, die Stadtverordnetenversammlung, besteht aus 93 Mitgliedern. Hier werden zahlreiche Entscheidungen über wichtige Angelegenheiten des städtischen Lebens getroffen. Beispielsweise über den Haushalt in Frankfurt, kommunale Steuern und Gebühren, Bebauungspläne und vieles mehr.

Die Stadtverordnetenversammlung kontrolliert die Führung der Stadtverwaltung und wählt den Magistrat – mit Ausnahme des Oberbürgermeisters, der direkt gewählt wird. In insgesamt 12 Ausschüssen zu verschiedenen Arbeitsgebieten wird über die monatlichen Plenarsitzungen hinaus an den Themen gearbeitet und die Entscheidungsfindung im Plenum vorbereitet.



Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung

- Die GRÜNEN im Römer
- CDU
- SDP
- FDP
- DIE LINKE
- AfD
- Volt
- DIE FRAKTION
- ÖkoLinX-ELF
- BFF-BIG
- IBF
- Gartenpartei

UMWELT UND KLIMA

Der Erfolg des Kampfes gegen die globale Klimakrise hängt maßgeblich vom verantwortlichen Handeln der großen Städte ab. Die Stadt Frankfurt wird sich weit über die national und international getroffenen Vereinbarungen hinaus engagieren und ihre Politik am Ziel der Klimaneutralität 2035 ausrichten.

Dieses wesentliche Vorhaben aus unserem Koalitionsvertrag haben wir im Mai 2022 mit Verabschiedung des Antrags „Klimaneutrales Frankfurt 2035: Grundsatzbeschlüsse“ in der Stadtverordnetenversammlung auf den Weg gebracht. Damit wollen wir verbindliche, ambitionierte Schritte einleiten, die Treibhausgasemissionen in Frankfurt konsequent zu reduzieren. Das städtische Klimareferat hat bereits zum 1. Januar 2023 seine Arbeit aufgenommen. Somit wurde eines der zentralen Elemente dieses Vorhabens bereits umgesetzt.

„Wir haben mit unserem großen Klimaschutzpaket ‚Klimaneutrales Frankfurt 2035‘, mit der umfassenden Solaroffensive, mit der ‚Gestaltungssatzung Freiraum und Klima‘ und mit dem ‚10.000 neue Stadtbäume‘-Programm die Weichen so gestellt, dass unser Frankfurt in den kommenden Jahren klimaneutral, klimaangepasst und noch lebenswerter werden kann.“

David Edelmann,
klimapolitischer Sprecher



Volle Kraft voraus für die Solaroffensive

Ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaneutralität ist die Energiewende. Wir haben in dieser Wahlperiode bereits zehn Anträge eingebracht, die den Ausbau der Photovoltaikleistung in Frankfurt stark beschleunigen werden. Das Spektrum reicht dabei von PV-Anlagen über freistehenden Parkflächen über Agri-Photovoltaik, also der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für Solarenergie, bis zu Photovoltaik auf städtischen und privaten Gebäuden sowie Solarparks auf geeigneten Freiflächen. Mit dem am 3. November 2023 in Kraft getretenen städtischen Förderprogramm „Klimabonus“ können nun neben Maßnahmen zur Begrünung und zum Wassermanagement auch erstmals Solaranlagen, Solar-Gründächer, Mini-PV-Anlagen, Batteriespeicher und Ladeinfrastruktur für Elektromobilität gefördert werden. Weitere Anträge befassen sich mit anderen erneuerbaren Energiequellen wie Flusswärme und Geothermie.

Mehr finanzielle Ressourcen für den Klimaschutz: 245 Millionen Euro bis 2025

Mit uns GRÜNEN als stärkste Kraft im Stadtparlament wurde nun eine erhebliche Aufstockung der städtischen Investitionen für den Bereich Klima beschlossen: Bis 2025 werden zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 245 Millionen Euro unter anderem in Programme zur Anpassung der Infrastruktur an den Klimawandel, zur energetischen Ertüchtigung von Bestandsgebäuden, zur Förderung der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie einen Klima- und einen Erneuerbare-Energien-Fonds fließen.



Mehr Grün in der Stadt – denn Bienen fressen keine Steine

Wir haben im März 2023 die bundesweit vorbildliche „Gestaltungssatzung Freiraum und Klima“ verabschiedet mit der es jetzt verbindliche Vorgaben zu Fassaden- und Dachbegrünung sowie zur Gestaltung von bienenfreundlichen Gärten und Blühwiesen auf Grundstücksfreiflächen gibt. So sichern und stärken wir die Artenvielfalt in Frankfurt.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir neue Parks sowie Grünverbindungen schaffen werden und wertvolle Grünräume wie auch den Stadtforst vor den Folgen des Klimawandels und gegen andere Nutzungsansprüche schützen wollen. Hier sind wir bedeutende Schritte vorangekommen, beispielsweise

- mit der Eröffnung des Rennbahnparks,
- mit der Neuplanung des Parks am Wasserturm,
- der Grunderneuerung der Wege im Huthpark,
- dem Baubeginn Grünzug Luxemburger Allee und Friedberger Anlage im Januar 2023,
- der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts des Grünzugs Feldscheidenstraße und
- der Durchführung des dritten Frankfurter Waldkongresses.

Politikberatung aus der Wissenschaft

Ein unabhängiger Klimabeirat, bestehend aus zehn Wissenschaftler*innen, wird im Jahre 2024 konstituiert. Er hat die Aufgabe, die Stadtpolitik und die Stadtverwaltung fortlaufend auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse über geeignete Klimaschutzmaßnahmen zu beraten und bei Nichterreichung der Ziele konkrete Empfehlungen für Sofortmaßnahmen zur Kurskorrektur zu formulieren.

Frankfurt als Vorreiter bei der kommunalen Wärmeplanung

Um eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen, müssen Großstädte bis spätestens Juni 2026 Wärmepläne erstellen. Die Konzeptstudie zur Vorbereitung der kommunalen Wärmeplanung Frankfurts wurde Ende November 2023 im Ausschuss für Klima- und Umweltschutz vorgestellt. Damit ist Frankfurt bei der Einhaltung des Zeitplans vielen anderen Kommunen weit voraus.

Von Mai bis November 2022 haben wir unter Federführung von Rosemarie Heilig das 650-jährige Jubiläum des Stadtwaldes mit diversen Veranstaltungen begangen.

„Wir wollen 10.000 neue Bäume pflanzen und wir wollen mehr Wildblumen, mehr Sträucher, mehr Grün in der Stadt und auf Dächern oder an Fassaden. Dies dient der Artenvielfalt, macht das Stadtklima im heißen Sommer erträglicher und tut auch den Menschen gut.“

Thomas Schlimme,
umweltpolitischer Sprecher



Eine Delegation
der Koalition
im Solarpark
Dreieich.



„Oft scheitert die private Entscheidung für eine Klimaschutz- oder eine Klimaanpassungsmaßnahme am Geld. Mit dem Klimabonus helfen wir, dass viele kleine und große Klimaprojekte in Frankfurt umgesetzt werden können und geben der Frankfurter Solaroffensive einen starken Impuls. Klimaschutz und Klimaanpassung sind im Förderprogramm nun gut miteinander verknüpft. Gemeinsam machen wir so einen großen Schritt in Richtung Klimaneutralität 2035.“

Rosemarie Heilig,
Dezernentin für Klima, Umwelt und Frauen



Ökoprofit: Gelebter Klimaschutz in der Stadtverwaltung

Nach elf Runden mit externen Unternehmen hat das Klimareferat im Rahmen der Klimaallianz von Dezember 2022 bis März 2024 erstmalig eine stadtinterne ÖKOPROFIT®-Runde für die eigene Verwaltung und städtischen Betriebe durchgeführt. Alle 16 Standorte haben ihren Vorsatz erreicht, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Stadtverwaltung mit konkreten Maßnahmen zu verankern. Es ging dabei um die Ausstattung mit LED, um die energetische Sanie-

rung der Gebäude oder auch darum, Papier zu sparen. Sie konnten 410.440 Kilowattstunden Strom, 88.500 Kilowattstunden Wärme und etwa 150 Tonnen Treibhausgase einsparen und ihre Kosten um über 150.000 Euro verringern. Darüber hinaus wurden bereits Maßnahmenpakete für die nächsten Jahre entwickelt. So sind wir unserem Ziel einer klimaneutralen Stadtverwaltung bis 2030 einen großen Schritt nähergekommen.

Projekt „ÖKOPROFIT“

Mit dem Projekt erhalten seit 2007 Unternehmen, Kommunen und sonstige Einrichtungen die Möglichkeit, mit Hilfe des städtischen Klimareferats ins Umwelt-, Energie- und Klimamanagement einzusteigen. Die Teilnehmenden sparen CO₂ ein, reduzieren ihren Papierbedarf oder optimieren ihre Beleuchtung oder Heizung. ÖKOPROFIT® setzt den Prozess gemeinsam mit den teilnehmenden Organisationen auf und begleitet ihn.

Klimastadt Frankfurt – ein gemeinsames Maßnahmenpaket mit dem Klimaentscheid Frankfurt

Im Januar 2023 hat das zivilgesellschaftliche Bündnis „Klimaentscheid Frankfurt“ der Koalition einen Bürger*innenentscheid mit 15 Forderungen übergeben, die über 23.000 Frankfurter*innen unterschrieben hatten. Die Koalition teilt das inhaltliche Anliegen des Klimaentscheids, weswegen wir uns mit dem Bündnis an einen Tisch gesetzt haben. Die Gespräche liefen über mehrere Monate und waren sehr vertrauensvoll und konstruktiv. Wir haben uns darauf verständigt, wie der von der Koalition eingeleitete klimapolitische Aufbruch mit neuen Ideen, ergänzenden Maßnahmen und mehr Tempo bei der Umsetzung verstärkt werden kann. Im März 2024 kam es zur Einigung. Die Ergebnisse sind im Antrag „Klimastadt Frankfurt: Gemeinsam für ein klimaneutrales und lebenswertes Frankfurt“ festgehalten. Nachdem wir diesen eingereicht hatten, konnte das Bündnis den Bürger*innenentscheid zurückziehen.

Das zeigt: Politik und Stadtgesellschaft ziehen an einem Strang, um Frankfurt gemeinsam schnellstmöglich klimaneutral zu machen und um die hohe Lebensqualität in Frankfurt auch in Zeiten des Klimawandels weiter zu verbessern.

„Mit diesem Antrag machen wir deutlich, was alles gerade in Frankfurt schon in den Bereichen Klimaschutz, Stadtgrün, Energiewende, Gebäudesanierung, Bäume, Entsiegelung, Wasser und Mobilität läuft und ergänzen das durch beschleunigende und neue Maßnahmen. Wir haben eine Schippe draufgelegt und ich freue mich auf die Umsetzung!“

**Tina Zapf-Rodríguez,
Fraktionsvorsitzende**



Foto: Rudi Cicek

Vertreter*innen der Römer-Koalition und des Klimaentscheids vor der Paulskirche am 19. März 2024

Miyawaki-Wäldchen

Auf Initiative der Koalition hat die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2023 beschlossen, dass im Frankfurter Stadtgebiet bis 2025 mindestens drei Mini-Wäldchen nach der Miyawaki-Methode angelegt werden sollen – prioritär in Gebieten, die im Klimaplanatlas der Stadt Frankfurt als Gebiete mit starker Überwärmung oder moderater Überwärmung gekennzeichnet sind und in welchen die Kühlung des Mikroklimas daher besonders wichtig ist.

Ein erstes Mini-Wäldchen wurde im Dezember 2023 im Grünzug Gederner Straße in Eckenheim auf Flächen des Grünflächenamtes angepflanzt. Weitere Standorte sind aktuell noch in der Prüfung. Hierbei werden auch die zum Teil stark versiegelten Schulhöfe für die Anlage von Mini-Wäldchen mitberücksichtigt.



Foto: Casey Holzer | Unsplash

Immer mehr Wiesenflächen

Zwischen 2021 und 2023 konnten wir die Wiesenflächen von 403 Hektar auf ca. 413,5 Hektar erhöhen. Das bedeutet, dass wir innerhalb von zwei Jahren 10,5 Hektar neuer Wiesenflächen angelegt haben.



Foto: Manfred Sattler

Feldhamster haben wieder eine Zukunft in Frankfurt

Wir setzen im kommunalen Artenschutz neue Maßstäbe: Die Stadt hat im Herbst 2021 ein bundesweit vorbildliches Arten- und Biotopschutzkonzept vorgelegt. Mit unserem Projekt zum Schutz der letzten Feldhamster in Frankfurt zeigen wir, wie akut vom Aussterben bedrohte heimische Tiere wirksam geschützt werden können. Die Feldhamster waren in Frankfurt beinahe ausgestorben, nur noch ein einziger Bau konnte vor dem Auswilderungsprojekt nachgewiesen werden. Im Mai 2023 wurden dann unter anderem dank unserer Eitanträge 14 Feldhamster ausgewildert. Mit großem Erfolg: wenige Monate später konnten 52 Jungtiere gezählt werden.

Anpassung an den Klimawandel geht weiter

Heißere Sommer und Extremwetterereignisse werden immer häufiger und wir müssen auf die neuen klimatischen Gegebenheiten entsprechend reagieren. Deshalb haben wir die Frankfurter Anpassungsstrategie an den Klimawandel 2022 aktualisiert. Darüber hinaus umfasst der Klimawandelaktionsplan (KWAP) Maßnahmen für Extremwetterereignisse wie Hitze oder Starkregen und wurde im Juli 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt. Er wird ämterübergreifend kontinuierlich aktualisiert und weiterentwickelt.

Beschlossene Sache rund ums Wasser:

20 Trinkbrunnen sind in der Stadt schon entstanden, 290.000 Euro sind für einen Regenwasserspielplatz als Retentionsfläche eingeplant.

Foto: Albert Flamingo | Unsplash



Klimagerechte Plätze

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass Plätze stärker als bisher einen Beitrag zur klimatischen Verbesserung der Stadt leisten sollen. Dazu haben wir bislang erreicht:

- Erstellung eines Leitfadens für klimaangepasste Platzgestaltung
- Der klimaangepasste Umbau des Paul-Arnsberg-Platzes ist abgeschlossen und die Planungen für den Riedbergplatz sind fertig abgestimmt.
- Eine dezernatsübergreifende Arbeitsgemeinschaft „Innenstadtoffensive“ mit 30 Millionen Euro Investitionssumme hat ihre Arbeit aufgenommen und erste Projekte beschlossen, so z.B. zwei begrünte Pergolen auf der Platzfolge Roßmarkt, Goetheplatz, Rathenauplatz.

Weniger Trinkwasser den Abfluss runter

Nach der Veröffentlichung des Wasserkonzeptes der Stadt Frankfurt im Frühjahr 2022 hat das Klima- und Umweltdezernat die stadtweite Informationskampagne „Frankfurt spart Wasser!“ im Sommer 2022 ins Leben gerufen und mit einer Plakataktion, der Auslage von Postkarten, einer Social-Media-Kampagne und der Erweiterung des Internetauftritts sowie begleitender Pressearbeit umgesetzt. Die Kampagne soll das Bewusstsein der Bevölkerung dafür schärfen, dass Trinkwasser ein wertvolles Gut ist, mit dem sorgsam und sparsam umzugehen ist.

Sauberes Frankfurt – wir begegnen der wachsenden Vermüllung der Stadt

Im Frühjahr 2022 wurden mit dem Magistratsvortrag 30/2022 verstärkte Anstrengungen zur Abfallvermeidung und zur Stärkung des Recyclings als kommunaler Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz beschlossen. Wir wollen *Zero Waste City* werden!

Ein erheblicher Beitrag für mehr Sauberkeit leistet das Konzept „Reinigung aus einer Hand“, das sukzessive umgesetzt wird. Die FES übernimmt schrittweise die Reinigung des Straßenbegleitgrüns und der Flächen des Grünflächenamtes. Das schafft Synergien und die Zufriedenheit der Bevölkerung steigt. Auch die *Clean FFM-Kampagne* und der Einsatz von Sauberkeitsbotschafter*innen wurde intensiviert. Darüber hinaus hat Dezernentin Rosemarie Heilig Schwerpunktaktivitäten an Abfall-Hotspots in ämterübergreifenden CleanFFM-Express-Aktivitäten eingeführt, wie zum Beispiel im Bahnhofsviertel. Zukünftig sollen auch Mehrwegsysteme in der Gastronomie und auf Festen etabliert werden. Das Zero Waste Lab der FES bietet dafür gemeinsam mit einem digitalen Mehrwegsystem seit Oktober 2022 Informationen, Beratung und Lösungen an.

Inklusion mitgedacht

Neben Neuanlage, Instandsetzung und -haltung ist die Installation inklusiver Spielgeräte für Kinder mit Behinderung ein Schwerpunkt. Mit finanzieller Beteiligung privater Initiativen und einiger Ortsbeiräte konnten mehr inklusive Spielgeräte in der Stadt aufgestellt werden. Eine Richtlinie zu inklusiven Spielplätzen wird derzeit erarbeitet.

Klimaanpassungsmaßnahmen sind gerade auch auf Kinderspielplätzen notwendig. Wir haben mit den Klimatöpfen unter anderem die Möglichkeit geschaffen, zusätzliche Sonnenschirme für Spielplätze zu beschaffen.



Spielplätze und Freizeitanlagen

Die Anzahl der Spielplätze und Freizeitanlagen in unserer Stadt ist in den Jahren 2020 bis 2022 von 650 auf 672 gewachsen, die sich über das ganze Stadtgebiet verteilen.

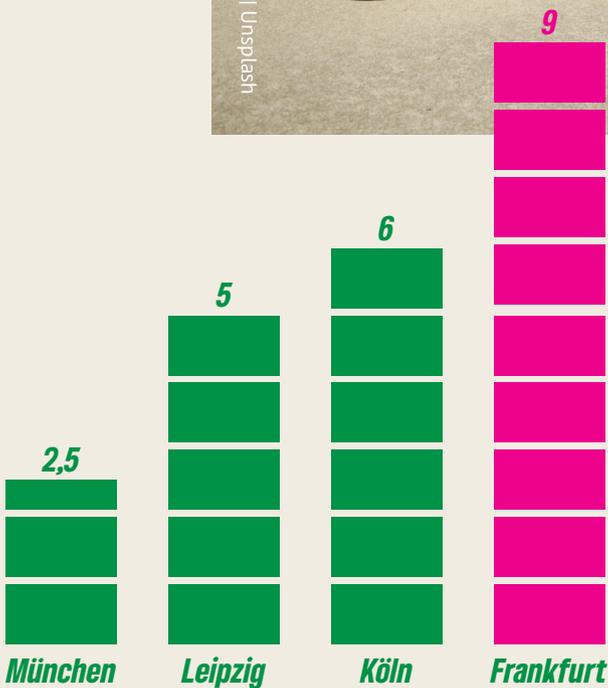
Auch die Attraktivität städtischer Spielplätze ist vorbildlich. Jüngstes Beispiel sind die Spiel- und Sportangebote im Rennbahnpark. Eine Besonderheit in der Frankfurter Spiellandschaft sind auch die Wasserspielplätze, für deren Erhalt wir uns einsetzen. Im Günthersburgpark konnte im vergangenen Jahr die beliebte Wasserspielanlage aus den von der Koalition neu geschaffenen Klimatöpfen saniert werden.

Freizeitanlagen in Frankfurt

- 440 Spielplätze
- 103 Bolzplätze
- 55 Spiel- und Tummelwiesen
- 27 Rollsportanlagen
- 27 Skate/BMX Parcours
- 17 Fitnessanlagen
- 11 Calisthenics
- 8 Waldspielparks
- 8 Wasserspielanlagen



Foto: Ashlyn Clara | Unsplash



Anlagen pro 10.000 Einwohner*innen

Frankfurt steht im Vergleich mit anderen Großstädten wie beispielsweise München, Köln oder Leipzig sehr gut da.



Foto: Johnny Cohen | Unsplash

Beteiligung bitte

Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Initiativen vor Ort, Kinderbeauftragten, Kinderbüro und Ortsbeiräten. So wurde im vergangenen Jahr für den Brückenspielfeld mit der Bürgerbeteiligung der Startschuss für eine Sanierung gegeben.

SOZIALES

Wir GRÜNE setzen uns für umfassende soziale Gerechtigkeit und Solidarität ein. Es geht um die Stärkung sozial benachteiligter Gruppen, den Ausbau sozialer Dienstleistungen und die Förderung von Teilhabemöglichkeiten aller Bevölkerungsschichten. Unser Ziel ist eine nachhaltige Sozialpolitik, die ökologische und soziale Aspekte miteinander verbindet.

Kinderarmut bekämpfen

Wir sind entschlossen, der Kinder- und Jugendarmut, die durch Herausforderungen wie die Pandemie, Krieg, Inflation und Klimakrise verschärft wird, entgegenzuwirken. Mit einer Armutsgefährdungsquote von 30 Prozent bei unter 18-Jährigen im Jahr 2022 und der prekären Lage einkommensschwacher Familien ist ein nachhaltiges Handeln erforderlich. Um Kinder zu stärken und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern, wurde das „Frankfurter Bündnis gegen Kinderarmut“ ins Leben gerufen, das eine ressortübergreifende und inklusive Strategie zur Armutsbekämpfung verfolgt. Dieses Bündnis – koordiniert vom Jugend- und Sozialamt und unterstützt durch das Planungsbüro *Urbanista* – baut auf bisherigen Ansätzen wie Sozialberichten, dem Programm „Aktive Nachbarschaft“ und dem Corona-Aktionsplan (s. nächste Seite) auf.

Die Ziele sind umfassend und berücksichtigen alle Lebensdimensionen von Kindern und Jugendlichen. Durch partizipative Methoden werden Erfahrungen und Bedarfe armutsbetroffener Menschen integriert und zum Ausgangspunkt gemacht. Zudem wird auf vielfältiges Wissen aus der pädagogischen, sozialarbeiterischen und wissenschaftlichen Praxis zurückgegriffen. Der strategische Ansatz des Bündnisses umfasst eine Evaluation bestehender Maßnahmen und zielt auf die Entwicklung einer vernetzten Gesamtstrategie ab. Mit diesem kooperativen Prozess wollen wir Kinderarmut effektiv begegnen, an benachteiligenden Strukturen rütteln, die Resilienz junger Generationen fördern und so die Prävention von Armutslagen insgesamt stärken.

„Die Bekämpfung von Kinderarmut und Armut im Generellen ist zentraler Baustein für soziale Gerechtigkeit. Vor allem in Krisenzeiten darf nicht an der Jugend gespart werden. Sie ist unsere Zukunft. Für gesellschaftliche Teilhabe muss soziale Infrastruktur aufrechterhalten und ausgebaut werden. Ein kostenloses Mittagessen in den Einrichtungen gehört auf jeden Fall dazu. Durch Spenden der Kampagne #weitergeben konnte das finanziert werden. Die Mittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit sollen künftig dynamisiert werden – sodass Tarifsteigerungen in den Zuschüssen automatisch abgebildet sind. Dazu gibt es einen entsprechenden Prüfauftrag aus dem Jugendhilfeausschuss. An einer Lösung wird intensiv gearbeitet.“

Johannes Lauterwald,
kinder- und jugendpolitischer Sprecher

Frankfurt-Pass erweitern

Als Teil der Koalition haben sich die GRÜNEN im Römer für die Weiterentwicklung des Frankfurt-Passes ausgesprochen, um die Teilhabe von finanziell benachteiligten Bürger*innen an städtischen Angeboten zu verbessern. Teil der inhaltlichen Neuausrichtung des Passes ist die Erhöhung der Flexibilität, um zusätzliche Angebote wie Ferienkarten oder Kultur- und Freizeittickets zu integrieren. Auch soll untersucht werden, ob weitere Vergünstigungen wie Zuschüsse für Vereinsmitgliedschaften, kostenfreie ÖPNV-Nutzung oder Medikamentenkosten in den Frankfurt-Pass eingebunden werden könnten.

Die Digitalisierung des Passes wird von einer Projektgruppe gemeinsam mit externen Berater*innen vorangetrieben mit dem Ziel, die Software-Auslieferung bis Ende des ersten Quartals 2024 fertigzustellen. Erste Bürger*innenbefragungen wurden durchgeführt, deren Ergebnisse aktuell ausgewertet werden. Aspekte wie Datenmodellierung, Online-Antragstellung und eine Entstigmatisierung der Nutzung sind Teil der Erneuerung. Dabei geht es darum einen Modus zu entwickeln, bei dem sich Inhaber*innen des Passes beim Vorzeigen der Karte nicht unwohl fühlen.

Schließlich wird im Dialog mit dem Jobcenter Frankfurt die Möglichkeit einer automatisierten Ausstellung des Frankfurt-Passes im Zuge der Bewilligung von Bürger*innengeld geklärt. Die Neuerungen sollen eine diskriminierungsfreie Nutzung ermöglichen und städtische Angebote effizienter bündeln. Auch die Einbindung von Vergünstigungen privater Anbieter, z.B. im Kultur- oder Sportbereich auf freiwilliger Basis, wird erwogen, um die Vielfalt und Reichweite der vergünstigten Teilhabemöglichkeiten zu steigern.

„Wir unterstützen verlässlich diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind und sind den Teilhabechancen der Menschen verpflichtet. Das gilt für alle Menschen in Frankfurt, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Status. Alle sollen die gleichen Chancen haben, ihr Leben selbstbestimmt und würdevoll zu gestalten. Wir haben dafür Hilfestrukturen gestärkt, verhältnis- und verhaltenspräventive Strategien aufgebaut und in den multiplen Krisen unserer Zeit unbürokratisch und schnell und in Zusammenarbeit mit den Trägern sozialer und Gesundheitseinrichtungen passgenaue Hilfen organisiert und umgesetzt.“

Beatrix Baumann,
sozialpolitische Sprecherin



Corona-Aktionsplan

Mit dem Corona-Aktionsplan reagiert die Stadt Frankfurt auf die Folgen der Corona-Pandemie. Das Ziel: Den Auswirkungen der Pandemie auf die Frankfurter Bevölkerung entgegenzuwirken, besonders von der Pandemie betroffene Menschen zu unterstützen und dabei den Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen gerecht zu werden. Der Ansatz: Die Zusammenarbeit verschiedener städtischer Ämter und unterschiedlichster Kooperationspartner*innen zu verstärken und zu integrieren, um eine ganzheitliche und effektive Strategie zur Abfederung der Corona-Folgen zu gewährleisten.

Die wichtigsten Maßnahmen des Aktionsplans umfassen zentrale Themenfelder: Bildung, Teilhabe, Bewegung und Gesundheit, Kultur und gemeinsame Erlebnisse, demokratisches Zusammenleben, Verständigung zwischen den Generationen und Kulturen sowie die Gestaltung, Nutzung und Aneignung öffentlicher Räume. Sie reflektieren die vielfältigen Auswirkungen der Pandemie und sollen die Resilienz der Stadtgemeinschaft stärken.

„Der zum Jahresende ausgelaufene Corona-Aktionsplan war ein großer Erfolg. Mit seiner Hilfe sind die Auswirkungen der Pandemie vor allem für Kinder, Jugendliche und alte Menschen spürbar abgefedert worden. Es ist einmal mehr deutlich geworden, dass wir den Krisenmodus beherrschen. Wir konnten zeigen, wie dezentralen- und ämterübergreifende Zusammenarbeit funktionieren und Früchte tragen kann.“

Elke Voitl,
Dezernentin für Soziales
und Gesundheit



Unterbringung von Geflüchteten

Die GRÜNEN im Römer setzen sich seit Jahrzehnten aktiv für Menschenrechte, die Rechte und den Schutz von Geflüchteten und ihre Integration in die Gesellschaft ein.

Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die Situation zur Unterbringung von geflüchteten Menschen in Frankfurt Anfang 2022 erneut zugespitzt. Das Sozial- und Gesundheitsdezernat leistete von Anfang an pragmatische Hilfen wie zum Beispiel die Ausstellung eines Krankenscheins ab Ankunft, damit die aus der Ukraine geflüchteten Menschen sofort medizinische Hilfe in Anspruch nehmen konnten.

Trotz der Herausforderungen, die mit der aktuell erhöhten Zuweisung von Schutzsuchenden einhergehen, bereitet sich die Stadt darauf vor, ihre Infrastruktur anzupassen, um diese Verantwortung zu erfüllen. Notunterkünfte konnten wieder aktiviert werden und bereits bestehende Übergangsunterkünfte werden optimiert, um angemessene Wohnbedingungen und Platz für neu zugewiesene Menschen zu schaffen. Gleichzeitig verbessert die Stadt aktiv die Lebensbedingungen in bestehenden Übergangsunterkünften, wie die Renovierung einer Anlage in Bockenheim zeigt, die jetzt 200 Wohneinheiten mit Kochmöglichkeiten für Familien bietet.

„Die Stadt Frankfurt ist ein Sicherer Hafen. Wir haben viele geflüchtete Menschen aufgenommen und werden das auch weiterhin tun. Wir fordern, dass es eine klare, europaweite Regelung des Einwanderungsrechts gibt, damit legale Perspektiven für Menschen auch neben Asyl und Flüchtlingskonvention geschaffen werden.“

Emre Telyakar,
Sprecher für Flucht und Migration



Die Stadt setzt sich fortwährend für die Verbesserung der Unterbringungssituation ein und unterscheidet dabei zwischen Not- und Übergangsunterkünften. Geflüchtete und Wohnungslose bleiben dort, bis sie in der Lage sind, eigenen Wohnraum zu finden. Trotz eines angespannten Wohnungsmarktes in Frankfurt hält die Stadt an ihrem Engagement fest, um den Geflüchteten und von Wohnungslosigkeit Bedrohten Schutz und Unterstützung zu bieten.

„Das grundlegende Problem in Frankfurt ist der extrem angespannte Immobilienmarkt. Viele Geflüchtete müssen einfach viel zu lang in den städtischen Übergangsunterkünften bleiben, obwohl sie viel lieber ein Zuhause mit eigenem Mietvertrag hätten. Daher sind wir permanent auf der Suche nach geeigneten Immobilien, um darin Übergangsunterkünfte einzurichten. Wir fragen nicht, ob wir Menschen unterbringen – sondern wir stellen uns die Frage, wie wir sie unterbringen.“

Elke Voitl,
Dezernentin für Soziales und Gesundheit



Auch bei der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Kinder und Jugendlicher erfüllt die Stadt Frankfurt in fast allen Bereichen die von der UNICEF geforderten Mindeststandards. Das hat eine aktuelle Auswertung des Sozial- und Gesundheitsdezernats ergeben, die sich explizit mit den Ergebnissen der Studie „Das ist nicht das Leben“ von UNICEF befasste. In vielen Punkten schneidet Frankfurt demnach sogar besser ab als vergleichbare Städte.

Im Januar 2024 leben in den Übergangsunterkünften der Stadt und Hotels insgesamt 5.096 geflüchtete, 3.880 wohnungslose Menschen und 232 sogenannte unbegleitete minderjährige Ausländer*innen. Das sind zusammen 8.976 Menschen. Den aktuellen Prognosen zufolge wird im ersten Halbjahr 2024 die Marke von 10.000 Menschen erstmals überschritten.



Foto: Clem Onofjehhno | Unsplash

FRAUEN UND GLEICHBERECHTIGUNG

Wir GRÜNE setzen uns im Römer für Gleichstellung, Chancengleichheit und Frauenrechte ein. Wir streben eine paritätische Vertretung von Frauen in politischen Gremien an und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen, unterstützen präventive Maßnahmen und setzen uns für reproduktive Rechte und geschlechtersensible Gesundheitspolitik ein.

Berufliche Förderung von Frauen

Zur beruflichen Förderung von Frauen und Mädchen unterstützen wir mehrere Projekte in Frankfurt, wie das *Mädchenbüro Milena*, den *Verein zur beruflichen Förderung von Frauen e.V.* oder *beramí*. Der Fokus all dieser Träger ist der niedrigschwellige Zugang zu beruflichen Beratungsangeboten, vor allem auch für Frauen mit Fluchthintergrund oder Migrationserfahrung. Hier ist der Bedarf an Unterstützung und mehrsprachiger Informationsweitergabe oft besonders groß, da es aufgrund etwaiger Sprachbarrieren schwierig sein kann, sich selbständig zu informieren. Bei den geförderten Projekten können sich die Teilnehmerinnen über ihre beruflichen Möglichkeiten informieren, das bestehende Beratungs- und Qualifizierungsangebot in Frankfurt kennenlernen, ihre digitalen Kompetenzen ausbauen oder berufsspezifische Themen vertiefen. Daneben wird vor allem auch die Selbstwirksamkeit der Frauen und Mädchen gefördert und ihr Weg in Richtung eines selbstbestimmten Lebens festigt.

Istanbul-Konvention Schritt für Schritt umsetzen

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Umsetzung der Istanbul-Konvention voranzutreiben und den Schutz vor Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu erhöhen. Allein 2023 haben wir für entsprechende Projekte 579.000 Euro in den städtischen Haushalt eingestellt. Seit 2021 besitzt Frankfurt als eine der ersten deutschen Städte eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Zu den Aufgaben dieser Koordinierungsstelle gehört, eine an den Vorgaben der Istanbul-Konvention orientierte Bestandsaufnahme durchzuführen, Handlungsbedarfe zu identifizieren und in die Umsetzung zu bringen. Zudem hat sich 2022 die Steuerungsgruppe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Frankfurt gegründet, in der mehrere Dezernate, zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowie Anwaltschaft und Polizei zusammenarbeiten.

Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention unterstützen wir GRÜNE viele weitere Projekte in Frankfurt zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dazu gehören Selbstbehauptungsworkshops für Mädchen und Frauen, Beratungsangebote wie die Anlaufstelle für Sexarbeiterinnen „Tamara“ und der Frauennotruf sowie Beratung bei digitaler Gewalt. Daneben unterstützen wir Projekte im Bereich der sogenannten Täterarbeit, welche zur Prävention von Gewalttaten an Frauen und Mädchen beitragen, die von Männern und Jungen ausgehen. Dabei werden vor allem männliche Geschlechterrollen und patriarchale Strukturen beleuchtet, unter der auch Männer und Jungen selbst leiden. In Workshops werden mit ihnen tabuisierte Themen wie geschlechtsspezifische Unterdrückung, Homosexuellenfeindlichkeit, Extremismus und Rassismus diskutiert und alternative Sichtweisen angeboten. Hier ist das *HeRoes*-Projekt hervorzuheben, welches vom Hessischen Präventionsrat ausgezeichnet wurde und von uns finanziell unterstützt wird.

Die Istanbul-Konvention ist ein internationales Abkommen des Europarats zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Sie definiert Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Menschenrechtsverletzung und als Zeichen der Ungleichstellung von Frauen und Männern. Die Konvention verpflichtet die unterzeichnenden Staaten zu ganzheitlichen Gewaltschutzstrategien, die Prävention, Unterstützung und Schutzmaßnahmen umfassen.

Reproduktive und Persönlichkeitsrechte von Frauen schützen

Wir GRÜNE setzen uns seit jeher für die reproduktiven Rechte von Frauen ein. Sogenannte „Lebensschützer*innen“ stehen nicht unweit der Pro Familia Beratungsstelle, in der sich Frauen und Mädchen bezüglich Schwangerschaftsabbrüchen beraten lassen (müssen). Durch laute Gesänge, Gebete und das Zeigen von Schockplakaten setzen diese „Lebensschützer*innen“ die Frauen psychisch schwer unter Druck. Anfang 2024 hat das Bundeskabinett endlich einen Gesetzesentwurf beschlossen, der die sogenannte Gehsteigbelästigung als Ordnungswidrigkeit ahndet. Das ist hoffentlich das Ende der unsäglichen „Gebets-Mahnwachen“ fundamentalistischer Abtreibungsgegner*innen auch vor der Schwangerenkonfliktberatungsstelle von Pro Familia in Frankfurt.

*„Der Beschluss ist auch ein Erfolg von uns GRÜNEN – im Römer, im Land, im Magistrat und des Frankfurter Bündnis für Frauenrechte. Aus dem Entwurf muss nun jedoch schnell ein wasserdichtes Gesetz werden. Nur so haben wir als Kommune ein wirksames und vor allem rechtssicheres Instrument zum Schutz der Ratsuchenden und der Mitarbeiter*innen in den Beratungsstellen. So lange Frauen durch den Schwangerschaftsparagraphen §218 vor einem Abbruch zu einem Beratungsgespräch gezwungen werden, so lange müssen sie diese Beratung auch unbehelligt und ohne Spießrutenlauf machen können.“*

**Rosemarie Heilig,
Dezernentin für Klima,
Umwelt und Frauen**



Frauenhausplätze weiter erhöhen

Die Istanbul-Konvention verlangt von allen staatlichen Stellen die Vorhaltung bedarfsgerechter Schutz- und Versorgungseinrichtungen für Betroffene von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt.

Frauenhäuser in ganz Deutschland und auch in Frankfurt beklagen seit Jahren den Mangel an Frauenhausplätzen, der dazu führt, dass Frauen abgewiesen werden müssen. Hinzu kommt, dass aufgrund des bisherigen Finanzierungssystems Frauen in Not ohne Anspruch auf ALG-II-Leistungen in Frauenhäusern nicht aufgenommen werden konnten.

Im Doppelhaushalt 2020/21 konnten mit eingestellten Mitteln in Höhe von jährlich 366.000 Euro zunächst 22 zusätzliche und pauschalierte Plätze eingerichtet werden. Für 2023 haben wir GRÜNEN uns für 37 zusätzliche Frauenhausplätze eingesetzt, welche seitdem durchgehend belegt sind. Die gute Nachricht ist, dass das Geld für die Frauenhausplätze nun dauerhaft in den Haushalt eingestellt ist, sodass wir die Plätze langfristig sichern konnten.

Darüber hinaus haben wir als Koalition veranlasst, dass von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder, die in Frauenhäusern leben, aber nicht aus Frankfurt kommen, jetzt früher einen Antrag auf eine Sozialwohnung stellen können.

„Nicht nur Frankfurterinnen, sondern auch Frauen aus anderen Städten suchen Schutz vor häuslicher Gewalt in Frankfurter Frauenhäusern. Denn das Ausmaß der Gewalt ist oft so groß, dass nur eine große räumliche Entfernung vom Gewalttäter den Frauen und ihren Kindern Sicherheit bietet. Bislang mussten von außerhalb Frankfurts stammende Frauen 12 Monate warten, ehe sie in Frankfurt einen Antrag auf eine Sozialwohnung stellen konnten. Damit wurde ihr Aufenthalt im Frauenhaus unnötig verlängert und ihnen eine schnelle Verselbständigung in einer eigenen Wohnung verwehrt. Wir freuen uns, dass wir nun mit der neuen Regelung ‚auswärtige‘ Frauen den Frankfurter Frauen gleichgestellt haben und gewaltbetroffene Frauen unabhängig von ihrem Herkunftsort in Frankfurt umgehend eine Sozialwohnung beantragen können, sobald sie sich dafür stabil und sicher genug fühlen.“

Beatrix Baumann,
frauenpolitische Sprecherin



2020 gab es 128 Frauenhausplätze in Frankfurt, was einer Quote von 1,7 Plätzen pro 10.000 Einwohner*innen entsprach. Damit lagen wir unter dem hessischen Durchschnitt von 1,9 Plätzen. Eine Erhöhung der Quote war auch deshalb dringend geboten, weil die Frankfurter Frauenhäuser auch von Frauen außerhalb Frankfurts aufgesucht werden. Wir haben uns daher mit einem Etat Antrag auf den Weg gemacht, die Quote auf 2,0 Plätze pro 10.000 Einwohner*innen anzuheben.

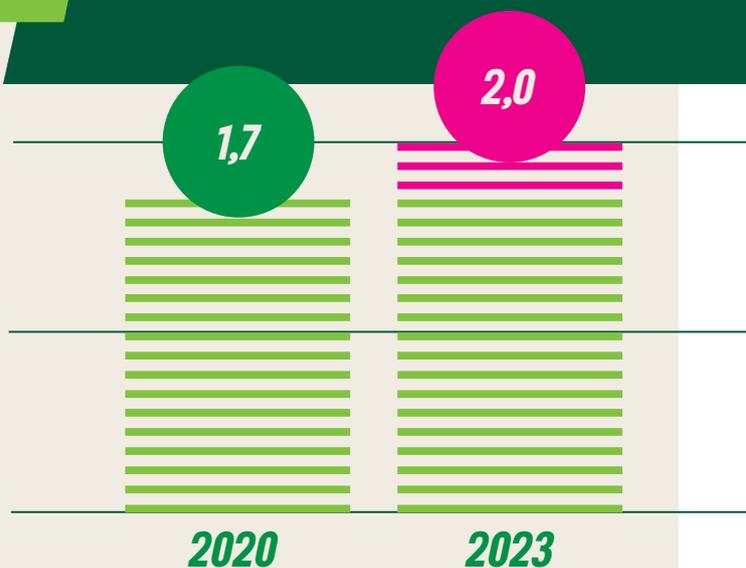


Foto: Tina Zapf-Rodriguez

MOBILITÄT UND SMART CITY

Auf dem Weg zur menschenfreundlichen Stadt: Wir möchten, dass alle Menschen sicher und zügig von A nach B kommen. Deswegen beachten wir bei all unseren Maßnahmen, dass wir den Weg zu einer gleichberechtigten Mobilität für alle weiter beschreiten. Unsere Mobilität bestimmt das Aussehen, die Geräusche und die Luft unserer Stadt – unser Ziel ist es, durch nachhaltige Mobilität unsere Stadt noch lebenswerter zu machen. Der Verkehrssektor ist für rund 20 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich, daher haben wir die nachhaltige Veränderung des Mobilitätssektors im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Politik mit Plan und gemeinsam mit den Bürger*innen: der Masterplan Mobilität

Mit dem Masterplan für Mobilität wurde erstmals keine starre Planung, sondern ein agiler Plan nach europäischem Standard erstellt. Zunächst war zu entscheiden, welcher der beiden grundsätzlich unterschiedlichen Szenarien weiterverfolgt werden sollte: „Umstieg“ auf flächensparsamere und umweltfreundlichere Verkehrsmittel oder Erhöhung der „Effizienz“ bestehender Strukturen. Mit durchgängiger Beteiligung von Bürger*innen, Stakeholdern und Expert*innen wurde binnen eines Jahres das Szenario „Umstieg“ ausgewählt. Daraus ergibt sich die Vision 2025+ und die Teilstrategien für die verschiedenen Handlungsfelder, aus denen nun sukzessive Teilpläne zur Umsetzung erstellt werden.

„Mit dem Masterplan Mobilität haben wir die großen Ziele nun vorliegen. Der mit wissenschaftlichen Methoden erarbeitete Gesamtverkehrsplan für die Stadt Frankfurt zeigt auf, wie wir unsere Ziele Klimaneutralität, Verkehr für alle und mehr Aufenthaltsqualität erreichen.“

Wolfgang Siefert,
Dezernent für Mobilität



der QR-Code
führt zum
Bericht des
Masterplans
Mobilität

Mit dem ÖPNV mobil

Frankfurt ist eine Stadt mit einem leistungsfähigen und gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Um dies weiterhin sicherzustellen und neue Wohn- und Arbeitsbereiche zu erschließen, arbeiten wir an verschiedenen wichtigen Projekten. So werden wir den Herausforderungen der wachsenden urbanen Strukturen gerecht.

Im Bau befinden sich:

- Die „Regionaltangente West“, die neben einer verbesserten Anbindung der umliegenden Regionen an Frankfurt auch die Linien im Innenstadtbereich entlasten wird.
- Die Verlängerung der U5 zur Erschließung des Europaviertels und darüber hinaus bis zum Römerhof.
- Der fast fertige viergleisige Ausbau der Bahnstrecke nach Bad Vilbel, der den S-Bahn-Betrieb von Fernbahn und Güterverkehr entflechten und so zu einem zuverlässigeren und attraktiven Fahrplan beitragen wird. In diesem Zusammenhang entsteht auch die neue S-Bahn-Station Ginnheim.
- Der sechsgleisige Ausbau der Achse Stadion-Hauptbahnhof mit einer neuen Mainbrücke, ebenfalls zur Entflechtung von S-Bahn, Regional- und Fernverkehr.
- Daneben laufen bereits vorbereitende Baumaßnahmen für die nordmainische S-Bahn von der Ostendstraße nach Hanau.

Im Planungsstadium befinden sich:

- Ein weiterer Ausbau der U5 zum Frankfurter Berg als neuen nördlichen Endpunkt. Bei der Überarbeitung des Entwurfs für den Frankfurter Berg wurden die Anliegen der Bürger*innen berücksichtigt, insbesondere durch eine verbesserte Integration von Radverkehr und Grünflächen. Im Römerhof-Quartier wird erstmals ein leistungsfähiger ÖPNV-Anschluss vor dem Bezug von Wohnungen umgesetzt.
- Die Verlängerung der Linie U4 zwischen den Stadtteilen Bockenheim und Ginnheim ist ein weiteres bedeutendes Projekt in der Komplettierung des Stadtbahnnetzes. Bei diesem Bauvorhaben kommt erstmals eine CO2-Bilanzierung zur Anwendung, um so umweltfreundlich wie möglich bauen zu können.
- Der viergleisige Ausbau der Straßenbahnhaltstelle und Umbau des Verkehrsraums am Hauptbahnhof. Die Deutsche Bahn wird in den nächsten Jahrzehnten den Hauptbahnhof umbauen und modernisieren. Mit einem städtischen Vorplanungsbeschluss ist es uns parallel dazu gelungen, eine sowohl städtebaulich als auch verkehrlich gute Lösung für die notwendige Erweiterung der heutigen Haltestelle zu entwickeln. Diese wird die dann möglichen Straßenbahnfahrten nahezu verdoppeln und gleichzeitig die gewünschten Lösungen für den Fuß- und Radverkehr am und um den Hauptbahnhof neu definieren. Dabei wird das Bahnhofsviertel insgesamt vom heutigen Durchgangsverkehr befreit und die lang ersehnte und dringend notwendige Verkehrsberuhigung ermöglicht, indem der ortsfremde motorisierte Individualverkehr reduziert und mehr Straßengrün geschaffen wird. Das Projekt steht unter einem hohen Realisierungsdruck und könnte Motor einer der ersten großen innerstädtischen Superblocks werden.
- Ein spannendes Vorhaben, das wir wieder in Bewegung gebracht haben ist die Planung einer Ringstraßenbahn, teils auf bereits bestehenden Trassen. Damit wollen wir Stadtteile ohne Umwege über die Innenstadt miteinander verbinden und so Wege verkürzen und die Innenstadtlinien entlasten.
- Außerdem erreichen wir durch Digitalisierung (*Digital Train Control*), dass wir auf den bestehenden Stadtbahnstrecken mit mehr Zügen mehr Menschen transportieren können.



Förderung des Fußverkehrs

Jeder Weg beginnt mit einem Fußweg, auch der zur U-Bahn oder zum Auto. Nach dem erfolgreichen Vorbild anderer deutscher Großstädte haben wir eine Kompetenzstelle für den Fußverkehr neu eingerichtet. Sie soll einerseits ein Fußverkehrskonzept für Frankfurt entwickeln und andererseits an allen Maßnahmen des Straßenbaus beteiligt werden, um die Berücksichtigung der Belange des Fußverkehrs sicherzustellen.

Am 23. November 2023 haben wir zusammen mit Expert*innen aus Wissenschaft, Verbänden, Fachleuten anderer Kommunen und mit der Stadtgesellschaft in einer öffentlichen Veranstaltung im Stadthaus Frankfurt diskutiert, welche Rolle der Fußverkehr im Alltag spielt, was es für sichere, barrierefreie und attraktive Fußwege braucht und welche Schritte wir von einer zukünftigen Kompetenzstelle für den Fußverkehr erwarten.

*„Gesund, sozial, leise, günstig, ressourcenschonend – das sind Adjektive, die den Fußverkehr gut beschreiben. In Frankfurt wird bereits ein Drittel aller Wege und die Hälfte aller Einkaufswege zu Fuß zurückgelegt. Trotzdem wurde in den letzten Jahrzehnten zu wenig für den Fußverkehr getan. Wir ändern das! Insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen, Kinder und für Personen, die mit Kinderwagen unterwegs sind, müssen Gehwege uneingeschränkt nutzbar sein. Fußwege müssen barrierefrei, sicher, bequem und attraktiv sein, damit sich alle Zufußgehenden und Rollstuhlfahrer*innen auf den Gehwegen sicher und wohl fühlen.“*

Dr. Katharina Knacker,
mobilitätspolitische Sprecherin



Auf zwei Rädern sicher ans Ziel

Im Herbst 2021 sind im Zuge der Fahrradfreundlichen Nebenstraßen die verkehrlichen Veränderungen im Oeder Weg mit neuen Markierungen, Flächen für die Außengastronomie am Straßenrand und vielen neuen Fahrradbügeln auf der Straßengesamtlänge von ca. 1,3 Kilometern erstmals sichtbar geworden.

In einem Folgeschritt wurde die Qualität mit mehr Grün und aufenthaltsgerichtetem Mobiliar, wie Drehliegen und Bänken, weiter verbessert. Eine Vielzahl von Pflanztrögen und farbenfroher Blumentöpfe am Fahrbahnrand zur Abgrenzung der Außengastronomieflächen und weitere mobile Verweilflächen, sogenannte Parklets, sind gesetzt und bepflanzt. In einigen platzähnlichen Seitenbereichen fanden größere Elemente ihren Platz, die für ein schöneres Straßenbild sorgen.

Auch im Grüneburgweg wurden grundlegende Änderungen hin zu einer sinnvollen und gerechten Flächenverteilung vorgenommen, um die Aufenthaltsqualität und die Voraussetzungen für den Radverkehr zu verbessern.

Mit dem Kettenhofweg im südlichen Westend wurde gemäß dem Stadtverordnetenbeschluss zur Fahrradstadt Frankfurt die dritte Straße auf 850 Metern Länge mobilitätsfreundlich gestaltet. Neben sicheren Rad- und Fußwegen wurde hier auch das Parken für den Individualverkehr systematisiert.

Bei allen Maßnahmen profitiert nicht nur der Radverkehr, sondern auch der Fußverkehr bekommt breite Gehwege und sichere Querungsmöglichkeiten. Ebenso wird die lokale Gastronomie durch neue Flächen und der Einzelhandel durch mehr Aufenthaltsqualität unterstützt.

Neben diesen Umbauten haben und werden auch Hauptverkehrsstraßen eine verbesserte Infrastruktur für alle Mobilitätsbereiche erhalten:

- Ende 2021 wurde mit der Dreieichstraße zwischen Deutschherrnufer und Willemerstraße der Weg ins Herz von Sachsenhausen für Radfahrende sicherer gestaltet.
- Der Radfahrstreifen in beiden Fahrtrichtungen der Walter-Kolb-Straße und einem Abschnitt der Gartenstraße stellt einen wichtigen, ergänzenden Lückenschluss dar.
- Auch die wichtige Achse Berliner Straße ist nun dank eines eigenen Radweges sicher zu beradeln.
- Weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für Radfahrende und Fußgehende konnten an der Senckenberganlage inklusive der Kreuzung mit der Bockenheimer Landstraße umgesetzt werden.
- Nach Jahrzehnten ist endlich auch der Radweg zwischen Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach im Bau.



Foto: Note-Thannun/Umsplash

Sichere Schulwege

Mit der Verabschiedung eines Etats für das Pilotprojekt „Schulstraßen“ leisten wir einen wegweisenden Schritt hin zu mehr Sicherheit und Lebensqualität im Umfeld von Schulen. Die Initiative, durch die temporäre Sperrungen von Straßen während der Schulzeiten etabliert werden, schützt nicht nur die Schulkinder auf ihrem Schulweg, sondern fördert auch deren selbstständige Mobilität. Im Umfeld der Theobald-Ziegler-Schule in Eckenheim wurde das Konzept erstmals mit Erfolg umgesetzt, an der Riedhofschule in Sachsenhausen wurde es Anfang 2024 neu eingeführt und weitere Schulen werden folgen.

Die Einführung des Schulstraßenprogramms ist ein Bestandteil unseres Engagements für eine kinder- und jugendfreundliche Stadtentwicklung, eingebettet in die Vision einer urbanen Umgebung, in der Schulen nicht nur Orte des Lernens, sondern auch sichere und lebendige Treffpunkte für die gesamte Gemeinschaft sind.

Bezahlbare Mobilität

Die Einführung eines vergünstigten Tickets für Frankfurt-Pass-Inhaber*innen ist ein bedeutender Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit in unserer Stadt. Schüler*innen und Senior*innen fahren damit bereits für 9 Euro, alle anderen für 24,50 Euro. Dieses Maßnahmenpaket ermöglicht es Bürger*innen mit geringem Einkommen kostengünstig am öffentlichen Leben teilzunehmen und erleichtert damit den Zugang zu Bildung, Arbeit und Freizeitaktivitäten.

Stressfrei durchkommen mit dem Auto: autofreundliche Politik

Die Entwicklung Frankfurts im bundesweiten Stau-Ranking zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind: Die Stauzeiten in Frankfurt sind im Vergleich zu 2019 um 33 Prozent zurückgegangen.

Für Autofahrer*innen, die nach Frankfurt kommen, betreiben wir in der Innenstadt ausreichend viele Parkhäuser. Mit der Einführung des dynamischen Verkehrsleit- und Informationssystem (VLIS) können freie Plätze gezielt angefahren werden. Das reduziert Staus und Stress.

„Mit dem VLIS integrieren und erneuern wir die digitale Verkehrssteuerung. Das ist ein bedeutender Meilenstein für stressfreies Fahren in der City.“

**Friedericke von Franqué,
Sprecherin für Smart-City**



Neben Umleitungshinweisen, Baustellen, Verkehrsmeldungen, Reisezeitinformationen, Straßensperrungen, Umwelt- und Veranstaltungshinweisen beinhaltet VLIS als wesentlichen Anzeigeninhalt Echtzeitinformationen zu belegten und freien Plätzen in den Parkhäusern. Durch zusätzlich frei programmierbare Inhalte wird eine Optimierung des Verkehrsflusses erreicht, die nachhaltig zur Entlastung des Straßennetzes beitragen wird.

Endlich gibt es nun auch Ladestationen für elektrisch angetriebene Autos, gut sichtbar an vielen Ecken der Stadt. Wir wollen erreichen, dass in allen Stadtteilen nachgezogen wird, weswegen wir auch hier eine systematische Ausschreibung vorbereiten.

Damit alle Menschen, die privat kein eigenes Auto haben, möglichst einfach eines mieten können, haben wir beschlossen, Carsharing-Stationen flächendeckend in der ganzen Stadt auszuweisen und zwar gut sichtbar am Straßenrand.



Einzelhandel und Wirtschaft in einer lebendigen Innenstadt und in den Stadtteilen

Der Strukturwandel im Einzelhandel durch Onlinehandel kann weder zurückgedreht noch verhindert werden. Diese Herausforderung, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen zu akzeptieren und mit ihnen umzugehen, haben wir angenommen.

Die Attraktivität der Innenstadt und der Stadtteilkern mit ihren Waren-, Dienstleistungs-, Freizeit- und Gastronomieangeboten steht in direkter Abhängigkeit zur Aufenthaltsqualität. Hierzu existieren repräsentative wissenschaftliche Untersuchungen aus vielen Ländern Europas. Die einfache Formel lautet: Fühlen sich die Menschen wohl, dann kommen sie gerne!

Die Einführung von Tempo-20-Zonen in ausgewählten Geschäftsstraßen stellt eine zentrale Maßnahme dar, um die Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig eine angenehme Atmosphäre zu schaffen. Durch die Reduzierung der Geschwindigkeiten wird nicht nur das Risiko von Verkehrsunfällen minimiert, sondern auch die Belastung durch Lärm und Abgase gesenkt, was Aufenthalt und Einkaufserlebnis positiv beeinflusst.

„Wir wollen den Verkehr in Geschäftsstraßen einfacher, nachvollziehbarer und damit insgesamt sicherer und stadtverträglicher gestalten sowie den Fußverkehr in der Innenstadt stärken.“

Wolfgang Siefert,
Dezernent für Mobilität



In der Innenstadt und mittlerweile auch in den Stadtteilen werden Lade- und Lieferzonen ausgewiesen, die durch einen reibungslosen Warenverkehr Bedürfnisse der Lieferant*innen und Geschäfte abdecken. Auch diese Maßnahmen tragen wesentlich zur Sicherheit und Verkehrsvermeidung bei, da Parkplatzsuche und Falschparken minimiert werden. Das verhindert Staus und Gefahrensituationen für Zufußgehende und Radfahrer*innen.

Zur Förderung des Straßenbilds und der Verbesserung der Attraktivität des Frankfurter Straßenlebens gehören Außengastronomie und lokaler Einzelhandel. Wir bieten daher dem Einzelhandel eine unkomplizierte Sondernutzung für Warenauslagen auf vorhandenen Parkflächen an, sofern im Umfeld alternative Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die geschaffenen Veränderungen machen die Einkaufsstraßen zu attraktiven und sicheren Orten, an denen das Flanieren, Verweilen in Cafés und das Entdecken von Geschäften zu einem angenehmen Erlebnis wird.

Im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Industriegebiete stellen wir mit dem Industriestraßenprogramm die Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung der Stadt sicher und verbessern die verkehrstechnische Situation in den industriell geprägten Gebieten rund um den Güterverkehrsknoten Osthafen/Ostbahnhof. Die Franziusstraße stellt das vorrangig zur Realisierung vorgesehene Element dar. Mit dem Planungspaket 2 folgt der Schwerpunkt rund um die Carl-Benz-Straße als bedeutender Schritt maßgeblicher Förderung und Attraktivitätssteigerung der ansässigen Industrie. Danach soll es über die verlängerte Ernst-Henkel-Straße unter den Bahngleisen eine neue Straßenverbindung Richtung Fechenheim Nord geben. In Verbindung mit dem Bau der nordmainischen S-Bahn wird hier eine neue Unterführung geschaffen und die Bahnschranke in der Cassellastraße wird dauerhaft geschlossen.

Nachbarschaftsstraßen und beispielbare Stadt für aktive Bewegung und das Gemeinschaftsgefühl

Städtische Räume lebenswerter und gemeinschaftsfreundlicher zu gestalten ist das Ziel des Konzepts „beispielbare Stadt“. Das angestoßene Pilotprojekt hat das Ziel den öffentlichen Raum durch straßenbegleitende Spielgeräte zu beleben und das nachbarschaftliche Miteinander zu fördern. Aus dem Investitionstopf von 198.000 Euro werden innovative und interaktive Spiel- und Hüfelemente angeschafft und am Straßenrand installiert, um so eine beispielbare Stadtlandschaft zu schaffen.

Straßenbegleitende Spielgeräte werden bewusst so konzipiert, dass sie Begegnungsorte schaffen und das Gemeinschaftsgefühl stärken.

Mehr Grün und mehr Leben in der Stadt

Mit einem Antrag der Koalition unterstützen wir Einwohner*innen dabei Asphaltflächen im Straßenraum zu entsiegeln und zu begrünen. Für Pat*innen von „Mini-Beeten“ öffnen Mitarbeitende der Stadt den versiegelten Boden und unterstützen bei der Auswahl geeigneter Pflanzen.

Das „Sommer am Main“-Programm in Frankfurt sorgte für eine belebte und attraktive Nutzung der nördlichen Uferstraße – die Innenstadt rückt näher ans Wasser! Wir öffnen den in diesem Zeitraum autofreien Raum für vielfältige Veranstaltungen und bieten mit Beschattungselementen, Sitzmöbeln und Grünflächen eine angenehme Aufenthaltsatmosphäre. Mit einem breiten und niedrigschwelligem Angebot, darunter Sport, Bildung und soziale Aktivitäten, schafft das Programm eine Plattform für Begegnung und Austausch, in das Bürger*innen aktiv eingebunden werden. Das Projekt ermöglicht auch eine Diskussion über die zukünftige Gestaltung des zentralen Raums, indem es einen Eindruck verschafft, welche Potenziale dieser Stadtraum für die Weiterentwicklung der Innenstadt bietet.

Mobiles, lebenswertes Frankfurt für die gesamte Stadtgesellschaft mit Superblocks

Superblocks sind eine städtebauliche Konzeption, die darauf abzielt, urbane Räume lebenswerter und nachhaltiger zu gestalten. Dabei werden kleinere, in sich geschlossene Viertel geschaffen, in denen der Verkehr und die öffentlichen Plätze neu strukturiert werden. Typischerweise werden mehrere Straßenblöcke zu einem Superblock zusammengefasst mit dem Ziel, den Verkehr zu reduzieren und Grünflächen zu schaffen, um Fußgängerfreundlichkeit und Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Wir richten unser Handeln darauf aus, mit diesem Konzept städtebauliche Veränderungen vorzunehmen, um die Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig nachhaltige Entwicklung zu fördern. Als Schlüsselemente sind – zunächst in Beispielprojekten – Entsiegelungen, Schaffung von Grün- und Aufenthaltsflächen sowie die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs vorgesehen.





DIVERSITÄT UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Frankfurt am Main ist eine multikulturelle Metropole, in der Vielfalt als Bereicherung betrachtet wird. Unsere Stadt beherbergt eine breite Palette von Kulturen, Sprachen und Traditionen, was die lebendige und offene Atmosphäre unserer Stadt ausmacht. Die Stadt Frankfurt fördert den Dialog zwischen verschiedenen Kulturen und schafft Plattformen für den Austausch von Ideen und Erfahrungen. Gemeinschaftszentren, Kulturvereine und Veranstaltungen tragen dazu bei, unsere Vielfalt zu zelebrieren und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern. Trotz dieser positiven Entwicklungen gibt es aber auch Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf Vorurteile und Diskriminierung.

Haltung zeigen – in Frankfurt und in der Welt

Wir leben in einer Welt multipler Krisen. Hier in Frankfurt leben Menschen aus über 170 Nationen und von globalen Konflikten sind auch fast immer Menschen in Frankfurt betroffen. Wir verurteilen den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ebenso wie den terroristischen Überfall der Hamas auf Israel. Die aktuell wieder zunehmenden antisemitischen Stimmungen nehmen wir nicht hin. Antisemitismus hat in Frankfurt keinen Platz und wir tun alles,

um dem entschlossen entgegenzuwirken. Gesellschaftlichen Spannungen und Spaltungen, Hass und Hetze in alle Richtungen, die wir gerade auch in Frankfurt spüren, müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt steht jetzt auf dem Prüfstand und darf nicht noch weiter erodieren. Menschlichkeit, Toleranz und Respekt müssen wieder in unsere Debattenkultur Einzug halten.

Migration und Humanitäre Aufnahme

Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, sei es aufgrund von Krieg, Verfolgung, Armut oder Klimawandel, brauchen direkte und unkomplizierte Unterstützung. Es ist wichtig anzuerkennen, dass die Aufnahme von Geflüchteten eine Verpflichtung ist, die auf den Prinzipien der Solidarität und des Schutzes von Menschenrechten basiert.

Wir setzen uns dafür ein, dass Migrant*innen mit Würde und Anerkennung behandelt werden. Wir fordern faire Asylverfahren, die auf Menschenrechten basieren und Schutzbedürftigen eine sichere Zuflucht bieten. Wir setzen uns für eine aktive Integrationspolitik ein, die Bildung, Spracherwerb, Arbeitsmöglichkeiten und soziale Teilhabe für alle fördert. Darum haben wir das Förderbudget des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten erhöht, das seinerseits zahlreiche Vereine und Initiativen in dem Bereich unterstützt. Daneben fördern wir direkt verschiedene Projekte beispielsweise der Vereine KUBI und beramí.



Foto: Santosh Phatta

Emre Telyakar, diversitätspolitischer Sprecher, bei einer Rede auf einer Demonstration zur Solidarität mit der Ukraine.

„Als wir Ende 2021 den Namen meines Dezernats – Diversität, Antidiskriminierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt – ausgesucht haben, waren die jetzigen Herausforderungen noch nicht absehbar. Trotzdem würde ich sagen, dass wir mit einer gewissen Weitsicht gehandelt haben. Noch nie war der Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus, Hass und Intoleranz und für die offene und freiheitliche Gesellschaft so bedeutend wie heute. Dies verstanden wir als eine Querschnittsaufgabe aller Dezernate.“

Dr. Nargess Eskandari-Grünberg
Bürgermeisterin und Dezernentin
für Diversität, Antidiskriminierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt



Seenotrettung – für das Recht auf Leben und Schutz

Die zivile Seenotrettung ist eine humanitäre Pflicht und rettet Menschenleben. Eine solidarische und humanitäre Antwort auf die Herausforderungen der Migration erfordert die Anerkennung und Unterstützung der zivilen Seenotrettung, um gemeinsam nach nachhaltigen Lösungen zu suchen und das Recht auf Leben und Schutz für alle zu wahren. Die Stadt Frankfurt am Main hat sich bereits im September 2021 auf den Weg zum Sicheren Hafen gemacht und ist der Potsdamer Erklärung beigetreten. Kurz darauf wurde außerdem die „Humanitäre Aufnahme, Unterbringung und Betreuung schutzsuchender geflüchteter Menschen“ mit breiter Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

„Durch die Einrichtung der Stabsstelle Antidiskriminierung im Diversitätsdezernat nimmt die Stadt Frankfurt eine bundesweit herausragende Rolle in der Bekämpfung von Diskriminierung ein. Sie fungiert hierbei als Headquarter konkreter, struktureller Arbeit, die nicht nur verwaltungsübergreifend Leitlinien erarbeitet, sondern auch gezielte konzeptionelle Arbeit für die Stadtgesellschaft leistet, die einen spürbaren Unterschied macht.“

Emre Telyakar,
diversitätspolitischer Sprecher

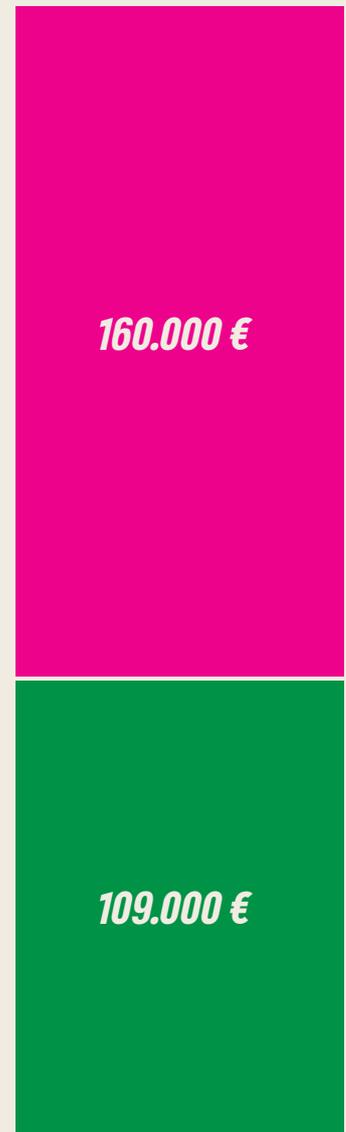


Anti-Schwarzer Rassismus und Kolonialgeschichte

Die Stadt Frankfurt am Main bekennt sich zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit. Maßnahmen umfassen die Identifizierung von Orten zur Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte, die kritische Überprüfung von Straßennamen und Plätzen sowie Schulungsangebote zur Sensibilisierung gegen Rassismus. Die Stadt verurteilt das „N*-Wort“ und „M*-Wort“ als rassistisch und diskriminierend und plant gesamtgesellschaftliche Debattenformate zu diskriminierungsfreier Sprache. Zudem werden Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz für städtische Mitarbeitende ausgebaut.



Foto: Tina Zapf-Rodríguez



Fördermittel des AmkA

Say their names

Im Gedenken an die Opfer vom rassistischen Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 wurden ihre Namen an die Paulskirche projiziert: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov.

1 Einrichtung der Stabsstelle für Antidiskriminierung

2 Stärkung des Diversitätsmanagements durch Erhöhung der Förderungen von Vereinen und Communities durch das AmkA

3 Einrichtung einer Ombudsstelle für Fälle von Diskriminierung in Frankfurt

4 Mehr Netzwerkarbeit und niedrigschwellige Kinderbetreuung im stadtRAUMfrankfurt

5 Clearingstelle für die Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine inklusive psychosozialer Betreuung und ehrenamtlichem Netzwerk

6 Mehr Partizipation für diskriminierungsfreie Demokratieprojekte mit einem neuen Netzwerk an zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Demokratieförderung, inklusive einer „Charta für Demokratie“

7 Erweiterung der Ausschreibung für den Integrations- und Diversitätspreis mit doppelt so vielen Einreichungen für 2022 als im Jahr zuvor

8 Gewinn eines EU-Projekts „Migrant Stories“ in Kooperation mit unserer Partnerstadt Toronto

9 Etablierung einer Gedenkveranstaltung an die Opfer des rassistischen Anschlags von Hanau

10 Etablierung der Veranstaltungen „Frühlingsempfang“ und „Tag der Menschenrechte“ für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes mit vielen Akteur*innen der Zivilgesellschaft

11 Start der Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Sinti und Roma in Deutschland für mehr Sichtbarkeit unserer kulturellen Diversität

12 Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Rat der Religionen mit gemeinsamer Veranstaltung

13 Neue Formen der Erinnerungskultur unter Einbeziehung des StadtschülerInnenrates für Gedenkveranstaltungen

14 Interkulturelle Fortbildung in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung

15 Ausbau der Multiplikator*innenprojekte mit Maßnahmen in verschiedenen Communities und Stadtteilen

16 Gemeinschaftsprojekte mit der Polizei zum Thema Antidiskriminierung und Rassismus

17 Aufstellung eines Aktionsplanes gegen Antisemitismus

18 Ausbau der Fortbildungen im Bereich „Sprachsensible Stadtverwaltung“

19 Unterstützung bei Veranstaltungen von 300 Vereinen, 200 Religionsgemeinschaften u.a.

„Über Frankfurt strahlt immer ein Regenbogen. Wir sind reich gesegnet mit vielen queerpolitisch aktiven Menschen. Sie arbeiten tagtäglich daran, Frankfurt zu einem menschenfreundlicheren Ort zu machen. Dafür bin ich sehr dankbar.“

Dimitrios Bakakis,
queerpolitischer Sprecher



Unterstützung von queeren Beratungsstellen und Projekten

Wir sind in Frankfurt reich gesegnet mit vielen queeren Initiativen und Organisationen, die von überwiegend ehrenamtlich Tätigen getragen werden. Diese wichtige Arbeit zu unterstützen – ideell und finanziell – ist ein wichtiges Anliegen der Koalition. So fördern wir seit Jahren den Förderverein Bündnis Akzeptanz und Vielfalt und das Schulaufklärungsprojekt SCHLAU Frankfurt, die viel für die Sichtbarkeit und Akzeptanz queerer Menschen bewirken. Das LSKH Queeres Kulturhaus, ein wichtiges Zentrum für die queeren Communities Frankfurt, wurde zuletzt mit über 50.000 Euro gefördert und auch die Zuschüsse für den Verein LIBS Lesben Informations- und Beratungsstelle e.V. konnten im Haushaltsjahr 2023 mit Etatanträgen der Koalitionsfraktionen auf fast 120.000 Euro verdoppelt werden. Daneben hat die Koalition die in der letzten Wahlperiode eingeführte Förderung des ehrenamtlich geführten *Bar.Café SWITCHBOARD* in Höhe von 20.000 Euro sowie die Unterstützung des Christopher Street Days Frankfurt mit 10.000 Euro pro Jahr fortgeführt.

Christopher Street Day Frankfurt

Was 1969 in New York City als Aufstand gegen Polizeiwillkür entstand, ist zwei Generationen später eine der wichtigsten Demonstrations-, Gedenk- und Festveranstaltungen der queeren Communities weltweit: der Christopher Street Day. Er ist auch in Frankfurt fest etabliert und aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. 2022 konnten wir sein 30-jähriges Jubiläum feiern – im darauffolgenden Frühjahr erzielte uns dann ein Hilferuf des CSD Frankfurt e.V., der die Veranstaltung ausrichtet. Wegen massiver Kostensteigerungen drohte der CSD Frankfurt 2023 auszufallen, Politik und Stadtgesellschaft wurden um finanzielle Unterstützung gebeten. Der Hilferuf wurde gehört. Aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft kamen weitere Spenden und auch die Koalition wurde tätig. Bürgermeisterin und Diversitätsdezernentin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg erhöhte den Zuschuss für den CSD und konnte zwei weitere Großspender akquirieren. Die dann immer noch vorhandene Finanzierungslücke von 20.000 Euro wurde von den Koalitionsfraktionen über einen Etatantrag geschlossen. So konnte der CSD – in erster Linie dank des unermüdlichen Einsatzes der Ehrenamtlichen des CSD Frankfurt e.V. – auch 2023 im geplanten Umfang stattfinden. Erste Gespräche zur Finanzierung des Christopher Street Days 2024 wurden bereits geführt.

LSBTIQ*

Die Abkürzung LSBTIQ* steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans, inter* und queere Menschen. Wir GRÜNEN setzen uns ein für ein Zusammenleben, in dem LSBTIQ* selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben und gleichberechtigt teilhaben können. In einer demokratischen Gesellschaft sollten alle das Recht haben, jederzeit und an jedem Ort ohne Angst sie selbst sein zu können.

Queere Sicherheit

Im März 2022 wurde eine Frankfurter Drag Queen an der Konstablerwache mit Reizgas angegriffen. Es folgten zahlreiche weitere queerfeindliche Angriffe in der Innenstadt, zum Teil im Regenbogenviertel selbst, das viele queere Menschen bis dahin als ihren Schutzraum betrachteten. Die Verunsicherung war groß und viele LSBTIQ*-Personen trauten sich fortan nicht, sich als queer zu erkennen zu geben.

Eine unerträgliche Situation, die weder Zivilgesellschaft noch Politik so hinnehmen konnten. Wir Koalitionsfraktionen legten daraufhin einen Antrag vor, in dem wir den Magistrat aufforderten, mit bestimmten Maßnahmen die Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Personen zu erhöhen, zur Sensibilisierung der Gesellschaft beizutragen und die verschiedenen Möglichkeiten zur Erstattung einer Strafanzeige zu bewerben. Außerdem gründete die bei der Bürgermeisterin und Diversitätsdezernentin angesiedelte Stabsstelle für Antidiskriminierung gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der Polizei den LSBTIQ*-Koordinierungskreis. In diesem wurde ein Fünf-Punkte-Plan erarbeitet, um Sicherheit aber auch Sichtbarkeit und Akzeptanz queerer Menschen zu erhöhen. So gab es Mitte Juni 2023 Aktionstage im Regenbogenviertel unter dem Motto „Vielfalt ohne Gewalt“, die zugleich den Auftakt des ersten Frankfurter Pride Month darstellten. Daneben wurde die Öffentlichkeitskampagne „Safer Spaces for Queer People“ entwickelt und umgesetzt, ein Awarenesskonzept für den CSD, ein „Zivilcourage“-Modul für kritische Beobachter*innen sowie ein Mediationsdialog mit Gastronomie, Club- und Barbesitzer*innen erarbeitet. Auch erhöhte die Polizei ihre Präsenz und setzte hierzu verstärkt entsprechend sensibilisierte Beamt*innen ein.

Die Zwischenbilanz nach einem halben Jahr fiel positiv aus: Die gewalttätigen Übergriffe sind zurückgegangen, die Menschen fühlen sich im Regenbogenviertel wieder sicherer und haben mehr Vertrauen in die Polizei. Es bleibt dennoch viel zu tun, weswegen sich der LSBTIQ*-Koordinierungskreis weiterhin treffen wird und parallel dazu einen kommunalen Aktionsplan entwickelt.

Frankfurter Aktionsplan: Schutz, Akzeptanz und Sicherheit

In unserem Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, die Umsetzung des Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt zu unterstützen und mit einem Frankfurter Aktionsplan zu ergänzen. Der Auftakt dazu erfolgte im Herbst 2023. Unter der Federführung der Stabsstelle für Antidiskriminierung wird nun ein solcher „Frankfurter Aktionsplan: Schutz, Akzeptanz und Vielfalt“ erarbeitet. In diesen wird der bereits etablierte Koordinierungskreis LSBTIQ* mit seinen zwei Schwerpunkten „Schutz und Sicherheit“ sowie „Sensibilisierung und Empowerment“ eingebunden. Darüber hinaus beteiligen sich weitere Fachexpert*innen aus unterschiedlichen LSBTIQ*-Lebensbereichen. Sechs Arbeitsgruppen entwickeln zu verschiedenen Themenfeldern wie beispielsweise „Flucht und Migration“, „Alter, Gesundheit und Pflege“ sowie „Kultur, Freizeit, Sport“ jeweils konkrete Maßnahmen, mit denen die Situation queerer Menschen in unserer Stadt verbessert werden können. Wir arbeiten aktiv mit und sind auf die Ergebnisse gespannt, die Ende 2024 vorliegen werden.

BETEILIGUNG



Wir GRÜNE nehmen Beteiligung sehr ernst und leben sie bereits. Das haben unsere Dezentate gezeigt, beispielsweise als sie zum Thema „Masterplan Mobilität“, „Umgestaltung Schweizer Straße“ und „Haus der Demokratie“ breite Beteiligungsprozesse durchgeführt haben. Unser Ziel ist es, passgerechte Beteiligungsformate für alle größeren Vorhaben der Stadt zu etablieren. So soll den Bürger*innen im geeigneten Moment das richtige Mittel zur Verfügung stehen, um sich zu informieren und ihre Anliegen einzubringen.



Informationsfreiheit für alle Bürger*innen eingeführt

Damit sich alle Bürger*innen mit ihren Anliegen einbringen können, sind sie auch auf Informationen aus der Verwaltung angewiesen. Diese sind jedoch nicht in allen Fällen öffentlich verfügbar. Hierfür hat der Gesetzgeber den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, über eine Satzung ein „Recht auf Information“ zu etablieren. Wir sind stolz, für Frankfurt eine solche Informationsfreiheitsatzung auf den Weg gebracht zu haben! Außerdem haben wir auch Mittel bereitgestellt, um eine Ombudsstelle zu besetzen, die den Bürger*innen bei schwierigen Anfragen zur Seite steht und zwischen ihnen und den Ämtern vermittelt.

*„Die Informationsfreiheit ist das Fundament jeder freien und gerechten Gesellschaft. Daher haben wir eine neue Satzung dazu geschaffen. Sie ermöglicht es den Frankfurter*innen, die Entscheidungen der Stadtregierung und -verwaltung transparenter nachzuvollziehen, sich selbst zu beteiligen und informierte Entscheidungen zu treffen. In einer Welt, in der Information Macht ist, ist die Wahrung der Informationsfreiheit von höchster Bedeutung für die Erhaltung unserer demokratischen Werte.“*

Dana Kube,
digitalpolitische Sprecherin



Wichtige Schritte hin zum Prinzip der strukturellen Beteiligung gegangen

Auf dem Weg dahin haben wir wichtige Meilensteine genommen: Es wurde eine eigene Stabsstelle eingerichtet, die sich ausschließlich um das Thema Beteiligung kümmert und die den von uns vor Jahren auf den Weg gebrachten Antrag „Leitlinien zur Beteiligung“ zu entwickeln, begleitet. Das Ergebnis soll schon 2024 vorgelegt und beschlossen werden.

*„Auf dem Weg hin zu struktureller Beteiligung sind wir mit der Einrichtung einer Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung und dem Start von einem Leitlinienprozess einen wichtigen Schritt gegangen, um Standards festzulegen für die Stadtverwaltung zur Einbeziehung von Bürger*innen und dabei alle Perspektiven unserer diversen Stadtgesellschaft zu berücksichtigen.“*

Christoph Rosenbaum,
beteiligungspolitischer Sprecher





GESUNDHEIT UND DROGENPOLITIK

Wir stehen für eine Gesundheitspolitik, die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir sind auf dem Weg zu einem zukunftsgerichteten, innovativen Klinikum Höchst, die Forderung nach einem Genesungszimmer in der Wohnungslosenhilfe ist bereits umgesetzt und an einem lebenswerteren Bahnhofsviertel arbeiten wir stetig. Wir stehen für eine moderne, gesundheitsorientierte Drogenpolitik, die auf Entkriminalisierung, Prävention und Hilfe setzt.

Fertigstellung Neubau Klinikum Höchst

2023 konnte der Neubau des städtischen Klinikums Höchst fertiggestellt werden. Mit seiner innovativen Medizintechnik und Passivhausqualität wird das Klinikum modernen Anforderungen an die Daseinsvorsorge gerecht und stellt ein Leuchtturmprojekt der regionalen Gesundheitsversorgung dar.

Derzeit sind viele Kliniken in Deutschland wirtschaftlich angeschlagen. Das Finanzierungssystem für Krankenhäuser ist nicht mehr optimal und wird durch die alternde Gesellschaft, verteuerte medizinische Produkte und steigende Personalkosten noch verkompliziert. Auch der Klinikverbund Varisano, zu dem das Klinikum Höchst gehört, steht vor diesen Herausforderungen. Frankfurt bekennt sich zum Konzept des Maximalversorgers und arbeitet eng mit der Höchster Klinikleitung, innerhalb des Klinikverbundes und unter Beteiligung des Betriebsrates an einem Zukunftskonzept und der Neuausrichtung des Klinikums.

„Kliniken wie in Höchst sind als Maximalversorger für das Frankfurter Gesundheitswesen existenziell wichtig. Die Bereitschaft für den Neubau – zudem als erstes Passivhausklinikum der Welt – über 200 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, ist ein Bekenntnis der Stadt Frankfurt zur kommunalen Gesundheitsversorgung. Wir unterstützen den Fortbestand des Klinikum Höchst mit einer Liquiditätssicherung und einem breit aufgestellten Zukunftskonzept.“

**Dr. Christoph Rosenbaum,
gesundheitspolitischer Sprecher**





Genesungszimmer in der Wohnungslosenhilfe

Nach vielen Jahren der Überzeugungsarbeit und Verhandlungen konnten wir 2023 ein wichtiges humanitäres Projekt endlich dauerhaft innerhalb der ambulanten Wohnungslosenhilfe implementieren: die an eine stationäre Behandlung im Krankenhaus anschließende Pflege in einem geschützten Raum, ein sogenanntes „Genesungszimmer“ für obdachlose und wohnungslose Menschen.

„Die Versorgung obdachloser Menschen im erkrankten Zustand ist bisher auf einen als Notfall angesehenen Krankenhausaufenthalt oder Arztbesuch beschränkt. Eine anschließende Behandlung oder weitere Pflege gibt es nicht. Zudem besitzen auf der Straße lebende Menschen keinen oder ungeklärten gesetzlichen Krankenversicherungsschutz. Hier in Frankfurt setzen wir auf einen humanitären Ansatz, der alle Menschen einschließt: Wir haben es geschafft, dauerhaft vier Genesungsbetten für obdachlose Menschen einzurichten, um so Heilungsprozesse nach Erkrankungen zu verbessern und so die erneute Gefährdung der Gesundheit zu reduzieren.“

Sylvia Momsen,
inklusionspolitische Sprecherin



Modellversuch Kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene

Frankfurt will zusammen mit Offenbach Modellregion für die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene in lizenzierten Geschäften werden. Wir GRÜNE sehen darin Chancen, Konsument*innen zu schützen, die Justiz zu entlasten und den illegalen Markt effektiv zu bekämpfen. Die Regulierung ermöglicht nicht nur eine Abgrenzung vom illegalen Handel, sondern auch die Gewährleistung der Produktqualität, wodurch gesundheitliche Risiken, z.B. durch verunreinigte Substanzen, vermieden werden. Die legale Abgabe von Cannabis trägt zur Entkriminalisierung der Konsumierenden bei und schützt insbesondere Jugendliche, da der kontrollierte Handel eine Altersüberprüfung wie bei Alkohol und Tabak vorsieht.

„Wir setzen uns für eine humanitäre Drogenpolitik und einen inklusiven Gesundheitsschutz ein. Mit der Legalisierung geben wir dem Gesundheits- und Jugendschutz Vorrang und beenden die Kriminalisierung Tausender Cannabis-Konsumierender. Dank des Drogenreferates und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen haben wir in Frankfurt gute Erfahrungen mit Drogenprävention, Aufklärung und Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir die Bewerbung als Modellregion zur Cannabis-Legalisierung auf den Weg bringen.“

Emre Telyakar,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Lebenswertes Bahnhofsviertel

Das Bahnhofsviertel ist ein besonderes Quartier und hat eine Menge zu bieten. In keinem anderen Frankfurter Stadtteil kommen auf so kleinem Raum so viele Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen, was wesentlich zur dortigen Buntheit und Lebendigkeit beiträgt. Das Bahnhofsviertel ist zentral gelegen, hat eine reiche Kultur-, Gastronomie- und Partyszene, eine vielfältige Gewerbelandschaft, ist Eingangstor zur Stadt und Verkehrsknotenpunkt. Es ist urban, pulsiert Tag und Nacht und ist attraktiv für viele verschiedene Menschen. Hier treffen Bewohner*innen, Gewerbetreibende, Drogenabhängige, Partygänger*innen sowie Menschen, die im Rotlichtmilieu arbeiten oder dieses aufsuchen, aufeinander – mit jeweils sehr unterschiedlichen Interessen und Belangen, was natürlich zu Konflikten führt. Erschwerend kommt hinzu, dass das Viertel lange Zeit städtebaulich vernachlässigt wurde und unter einem sehr hohen Verkehrsaufkommen leidet. Weitere Herausforderungen sind Vermüllung, Kriminalität und das sichtbare Elend suchtkranker und obdachloser Menschen, was berechtigterweise zu öffentlichen Debatten über das Bahnhofsviertel führt.

Wir sind uns in der Koalition einig, dass es keine einfachen Antworten auf diese Herausforderungen gibt. Dabei ist uns GRÜNEN besonders wichtig, dass die Antwort nicht sein kann, Menschen zu vertreiben und Elend lediglich unsichtbar zu machen. Stattdessen wird dezernatsübergreifend an einer längerfristigen Strategie gearbeitet und zugleich kurzfristig auf neue Lagen reagiert – so, dass nicht bloß Symptome bekämpft werden, sondern den Menschen wirklich geholfen wird. Wir haben 2022 den Antrag „Lebenswertes Bahnhofsviertel“ auf den Weg gebracht, der die dortigen Problemlagen und Handlungsfelder benennt.

Zu den kurzfristigen Maßnahmen gehörten seit Corona neue Angebote, um Drogenabhängige von der Straße in die Einrichtungen zu holen und ihr Überleben zu sichern. Es wurden unter anderem ein Quarantänehotel angemietet, Impfaktionen durchgeführt, Konsumräume länger geöffnet, ein weiterer Crack-Rauchraum eröffnet, weitere Notschlafbetten eingerichtet, die Öffnungszeiten des Nachtcafés erweitert und eine humanitäre allgemeinmedizinische und psychiatrische Sprechstunde sowie 30 Substitutionsplätze für Menschen ohne Krankenversicherung eingerichtet.

Weitere kurzfristige Maßnahmen:

- Neue Stellen für die Jugendhilfe und für OSSIP-Streetwork
- Öffnung des Nachtcafés auch tagsüber
- Einrichtung eines Hygienecenters im Diakoniezentrum Weser5
- medizinische Hilfe für Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, schwerstabhängig sind oder eine Behinderung haben

Einen Überblick über alle Hilfsangebote im BHV gibt's online:



2022 hat Frankfurt mit anderen Großstädten und mit der Frankfurt University of Applied Sciences zu einer „Fachtagung Crack“ eingeladen. Expert*innen aus der Wissenschaft erörterten mit Vertreter*innen der beteiligten Städte sowie der Drogenhilfe, was Crack so problematisch und gleichzeitig so attraktiv für Konsumierende macht. Diskutiert wurde auch über neue Behandlungsansätze. Es wurden „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Crack-Konsum“ erarbeitet, aus denen wiederum Maßnahmen für Frankfurt abgeleitet wurden. Das Erfolgsmodell des Frankfurter Wegs wurde vor allem für heroinsüchtige Personen entwickelt. Nun müssen wir diesen Weg den neuen Gegebenheiten anpassen.

Der Magistrat hat sich auf Bundes- und Länderebene sowie über den Deutschen Städtetag aktiv für ein wissenschaftliches Modellprojekt zur medikamentengestützten Behandlung von Kokain- bzw. Crack-Abhängigkeit eingesetzt. Dem Vorhaben wurde inzwischen zugestimmt.

In Frankfurt wird aktuell die Idee eines neuen Aufenthalts- und Konsum-Areals für Crack-Konsumierende verfolgt. Es kann die Konflikte im öffentlichen Raum entschärfen und zugleich die medizinischen und hygienischen Bedingungen von Crack-Konsumierenden verbessern.

„Die Stadt Frankfurt und die Träger der Drogenhilfe halten für Konsument*innen illegaler Drogen ein ausdifferenziertes Hilfesystem vor und bauen dieses bedarfsgerecht aus. Die mit der offenen Drogenszene im Bahnhofsviertel verbundenen Missstände sind keine isolierten Probleme der Stadt Frankfurt. Frankfurt tut sehr viel, ist innovativ und ist mit seinen Hilfsangeboten auch sehr erfolgreich, kann die Probleme aber nicht allein lösen. Diese Aufgabe muss auf mehrere Schultern verteilt werden. Wir dringen darauf, dass das Land Hessen und der Bund finanziell und mit der Schaffung neuer rechtlicher Möglichkeiten für weiterführende Hilfsangebote ihre Verantwortung stärker wahrnehmen.“

Beatrix Baumann,
drogenpolitische Sprecherin



Im Jahr 2023 hat der Magistrat ein 5 Millionen Euro starkes Sofortprogramm für das Bahnhofsviertel aufgelegt – unter anderem für weitere 20 Plätze in der humanitären Substitution, elf neue Tagesruhebetten für Crack-Konsument*innen und erweiterte Öffnungszeiten einer medizinischen Ambulanz. Die Anzahl der städtischen Ordnungskräfte wurde aufgestockt und die Verkehrspolizei hat ihre Präsenz im Bahnhofsviertel erhöht. Um die Sauberkeit zu verbessern, erfolgen durch die FES neben den täglichen Satzungsreinigungen mehrfach täglich Zusatzreinigungen.

Im gleichen Jahr hat das Koordinierungsbüro Bahnhofsviertel seine Arbeit aufgenommen – die städtische Anlauf- und Schaltzentrale vor Ort, um schnell auf neue Herausforderungen in dem sich stetig wandelnden Viertel reagieren zu können. Das Koordinierungsbüro bietet Sprechstunden an, moderiert Bewohner*innentreffen und vernetzt sich mit allen Akteur*innen im Bahnhofsviertel. Ideen, Anliegen und Beschwerden können persönlich und schnell bearbeitet bzw. an die richtigen Stellen vermittelt werden. Der Beginn der koordinierten Essensverteilung durch unterschiedliche Gruppen und Organisationen wird in Kürze erfolgen. Dabei hat das Koordinierungsbüro planerische Funktion und wird bei der Umsetzung durch einen freien Träger unterstützt. Der Magistrat hat außerdem ein Stadtentwicklungsbüro mit der Entwicklung langfristiger Perspektiven für das Bahnhofsviertel beauftragt.



Gestaltung und Illustration: Katharina Schmidt | kwittseeds.de | entstanden im Auftrag des Koordinierungsbüro Bahnhofsviertel

FINANZEN, PERSONAL UND ANTI-KORRUPTION

Bringt eine Grünfläche Profit? Sollten wir sie dazu lieber versiegeln und bebauen? Die Finanzpolitik steht schon immer vor der Herausforderung, dass bestimmte Mehrwerte ökonomisch nicht abgebildet werden. Die Instandhaltung einer Grünanlage findet sich im Haushalt wieder, weil sie Geldmittel und Personal benötigt. Aber was ist mit der Einkommenseite? Grünflächen binden CO₂ und schaffen saubere Luft. Sie sind Ruheoasen und in lauten, großen Städten, wichtige Rückzugsorte für Menschen. Grünflächen sind Versickerungsfläche, reduzieren Hochwassergefahren und fördern im Sommer ein kühleres Klima. All dies fördert die Biodiversität und die Gesundheit der Menschen und führt zu geringeren Folgekosten aus Umweltverschmutzung oder Krankheit. Auch die CO₂-Einsparungen sind quantifizierbar. Es sind die Nachhaltigkeitsberichte der Stadt, die bereits diese Perspektive berücksichtigen.

Nachhaltigkeit ist kassenwirksam

Im Jahr 2022 haben wir in Frankfurt beschlossen, den Haushalt künftig wirkungsorientiert steuern zu wollen. Hierzu laufen derzeit die magistratsinternen Vorbereitungen. Kurz-, mittel- und langfristige Nachhaltigkeitsziele sollen zukünftig bereits im Haushaltsverfahren beschlossen und ihre Erreichung über Kennzahlen und Indikatoren offengelegt werden. Diese Forderung an öffentliche Haushalte empfiehlt auch der *Sustainable Finance Beirat* der Bundesregierung. Inwiefern hierzu zusätzliche Kennzahlen entwickelt und möglicherweise sogar zusätzliche Daten erhoben werden müssen, wird die Verwaltung nun aufzeigen.

„Wichtig ist: Wir müssen Nachhaltigkeitsanforderungen in die städtischen Haushalte integrieren. Einerseits, damit sich adäquater spiegelt, welche quantitativen und qualitativen Mehrwerte gewisse Investitionen bereits bringen, die bisher noch nicht abgebildet sind und zugleich, um aufzuzeigen, in welche Produkte wir bewusst Investitionen lenken möchten, um unsere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.“

Julia Roshan Moniri,
finanzpolitische Sprecherin



Investitionen gegen die Klimakatastrophe

Die Klimakatastrophe ist die Herausforderung für unsere Generation. Wir müssen in den nächsten Jahren die Stadt nicht nur neu denken, sondern an vielen Stellen auch grundlegend umbauen. Alle Investitionen in Infrastruktur müssen unseren CO₂-Fußabdruck reduzieren und zugleich vorbereitet sein für das nicht mehr vermeidbare veränderte Klima. Wir haben hierzu zusätzlich fast 250 Millionen Euro bereitgestellt – für Programme zur Unterstützung von Photovoltaik, Begrünung, die Antriebswende im Verkehr und vieles mehr. Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr weiter aus. Und wir machen mit der Mainova AG die Wärmeinfrastruktur sowie die Energieerzeugung mit Hochdruck fit für die Zukunft und investieren so in den nächsten Jahren mehrere Milliarden Euro in eine nachhaltige Stadt.

„Unsere städtischen Aktivitäten müssen sich daran messen lassen, welche Wirkung wir erzielen. Insbesondere bei den Investitionen gilt: Sie müssen die Zukunft ermöglichen. Und wir müssen sie auch umsetzen. Das ist unser wichtigstes Ziel und viel Arbeit, denn geplant ist leider noch lange nicht gemacht – es geht aber ums ‚Machen‘!“

Dr. Bastian Bergerhoff,
Stadtkämmerer, Dezernent für Finanzen, Beteiligungen und Personal

Zentrale Erfassung und digitales Fördermittelmanagement

Ein wichtiges Projekt für mehr Transparenz und Effizienz bei der städtischen Finanzverwaltung steht vor dem „Kick-off“: Die internen Vorarbeiten für das Projekt zur zentralen Erfassung der Zuwendungen der Stadt sowie zur Einführung eines digitalisierten Fördermittelmanagements, insbesondere der Einführung einer Datenbanklösung für alle Dezernate und Ämter sind abgeschlossen. Damit sollen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite wichtige Maßnahmen für eine Vereinheitlichung und Optimierung der Prozesse erfolgen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Koalition ist der Aufbau eines zentralen Vertragsmanagementsystems für städtische Liegenschaften, in dem alle laufenden Verpflichtungen dargestellt und gesteuert werden können. So sollen im Idealfall Doppelstrukturen abgebaut und unnötige Vertragsverhältnisse beendet werden. Ziel ist, dass langfristig alle städtischen Liegenschaften im Hinblick auf alle Belange erfasst und verwaltet werden können. Abgebildet werden soll, ob diese Liegenschaften bebaut sind, wie sie unterhalten werden, wie die Wartung und der Sanierungsstand sind, außerdem wie Nutzungs- und Vertragsverhältnisse aufgestellt sind, um die Anpassung der Mieten, der Erbbauzinsen und natürlich der Vertragslaufzeiten und Kündigungsfristen zu steuern bzw. zu überwachen. Der Zuschlag für das System wurde in diesem Sommer erteilt und zurzeit wird es im Immobilienmanagement eingeführt. Die Implementierung soll Ende 2024 abgeschlossen sein.

„Die städtische Verwaltung ist sehr vielfältig und dezentralisiert, was die Bedeutung von transparenten Verfahren betont. Diese Transparenz unterstützt die Handlungsfähigkeit und ermöglicht es, noch effizienter zu arbeiten. Es ist daher entscheidend, klare Strukturen zu schaffen, um die Effektivität der Verwaltung zu gewährleisten.“

Martina Düwel,
haushaltspolitische Sprecherin

Whistleblower – ein wichtiger Beitrag für mehr Transparenz

Schon zum Januar 2023 hat der GRÜN geführte Magistrat die Forderung nach einer Whistleblowerstelle in der Stadtverwaltung und für die Eigenbetriebe umgesetzt und eine Meldestelle für Whistleblower im Antikorruptionsreferat eingeführt.

Hierhin können sich anonym alle Mitarbeitenden wenden, die im beruflichen Umfeld Informationen über Missstände oder Rechtsverstöße wahrgenommen haben. Eine Evaluation wird durch uns angestrebt.

Kontakt zur Meldestelle:

E-Mail: whistleblower@stadt-frankfurt.de
Telefon: (069) 212-49206 oder (069) 212-49207

BILDUNG UND BETREUUNG

Rund **80.000**

Schüler*innen gibt es zum Schuljahr 2023/2024 in Frankfurt am Main. Davon gehen 73.850 Kinder auf allgemeinbildende Schulen. Das sind 3.000 Schüler*innen mehr als im Vorjahr.

Die Frankfurter Bevölkerung wächst und die Zahl der Kinder steigt. Das ist erfreulich, stellt uns jedoch vor Herausforderungen. Als Stadtpolitik ist es unsere Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen eine hochqualitative frühkindliche und schulische Bildung zu ermöglichen. Dazu müssen die Rahmenbedingungen stimmen – von den Gebäuden bis hin zur IT. Dafür setzen wir GRÜNE uns beharrlich ein.

Neue Schulen werden gebaut

Bei der Schulwahl zählt für uns der Elternwille und Eltern fragen vermehrt Schulplätze an Gymnasien nach. So lag im Schuljahr 2023/2024 die Übergangsquote derjenigen Kinder, die in ein Gymnasium wechselten, bei knapp 57 Prozent. Neben der wachsenden Bevölkerung ist dies ein weiterer Grund, weshalb dringend mehr gymnasiale Schulplätze geschaffen werden müssen.

So wurde zum Schuljahr 2022/23 das Gymnasium Süd gegründet, welches eine maximale Kapazität von 1.620 Schulplätzen bietet. Ab dem Schuljahr 2024/25 werden außerdem zwei weitere Gymnasien in der „Neuen Börse“ eröffnet, mit denen nochmals jeweils 1.620 Schulplätze geschaffen werden. Damit werden zwischen 2021 und Sommer 2024 drei Gymnasien mit insgesamt 4.860 Plätzen neu gegründet worden sein.

Darüber hinaus wurden weitere Schulplätze im gymnasialen Bereich geschaffen. Die IGS Carlo-Mierendorff-Schule ist zum Schuljahr 2022/2023 um eine neue gymnasiale Oberstufe für bis zu 560 Schüler*innen erweitert worden und die im selben Jahr erfolgte Erweiterung des Gymnasiums Nord am provisorischen Standort in Westhausen bietet 650 weitere Schulplätze.

Wir stehen ein für einen besseren IT-Support

Um mündige Bürger*innen in einer moderneren Informations- und Wissensgesellschaft auszubilden, Kinder und Jugendliche individuell fördern zu können und die Schulen zu einem Ort zu machen, an dem sich Kinder wie Lehrer*innen gerne aufhalten – dafür wollen wir die Digitalisierung der Schulen maßgeblich voranbringen. Wir setzen auf moderne Infrastruktur, Schul- und Bildungsverwaltung, E-Akten, Lern- und Arbeitsumgebungen sowie die Ausstattung mit WLAN, Hard- und Software-Lösungen zum Lernen und Lehren sowie nicht zuletzt auch deren Wartung.

Digitale Endgeräte sowie Lern- und Dokumenten-Managementsysteme können den Unterricht nur dann erfolgreich unterstützen und begleiten, wenn ein kohärentes IT-Support-System deren Funktionalität sicherstellt. Ohne angemessenen Support besteht die Gefahr, dass die mit hohem personellen und finanziellen Aufwand angeschaffte Ausstattung nicht genutzt wird. Das an den hessischen Schulen angewendete mehrstufige Support-Konzept stieß an seine Grenzen, weshalb wir mit einem Antrag den Magistrat beauftragt haben, ein neues IT-Support-Konzept für die Frankfurter Schulen zu erarbeiten.

*„Um die reibungslose Umsetzung des Digitalpaktes zu gewährleisten, müssen die Schulen entlastet werden. Neben der Erweiterung des First Level Supports durch ein Call Center für Standardanfragen und längeren Servicezeiten der Hotline, benötigen die Schulen auch Unterstützung vor Ort. Hierzu ist geplant, dass IT-Manager*innen einmal pro Woche in die Schulen kommen, sodass die Probleme direkt adressiert werden können.“*

Julia Frank,
bildungspolitische Sprecherin

TUMO-Lernzentrum

Wir haben uns für ein TUMO-Lernzentrum in Frankfurt stark gemacht. Dort können sich Jugendliche Fähigkeiten in digitalen Technologien und kreativen Methoden aneignen, unter anderem in den Bereichen Animation, Programmierung, 3D-Modellierung und Robotics aber auch Musik, Film und Fotografie. Die Schüler*innen begeben sich in Selbstlernsessions und Workshops auf ihre eigene – digital unterstützte – Lernreise. Das Angebot ist freiwillig und kostenlos. Ziel ist es Jugendliche zu befähigen, mit den Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung in Gesellschaft und Arbeitswelt umzugehen. Das Lernzentrum wird eine optimale Ergänzung zu den umfangreichen bereits bestehenden digitalen Lern- und Weiterbildungsangeboten darstellen und diese weiter stärken.

„TUMO wird ein Ort der Inspiration, des kostenlosen Lernens und der Gemeinschaft für die junge Generation in Frankfurt – denn es ist so wichtig, dass Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern ihr volles Potenzial entfalten können und ihre Begeisterung für das Lernen und Erforschen in der digitalen Welt geweckt wird. Wir freuen uns sehr, dass wir auch in Frankfurt ein TUMO-Lernzentrum auf den Weg bringen. Als außerschulisches Lernangebot füllt es eine wichtige Lücke und bietet die einmalige Chance, sich in Zukunftstechnologien fit zu machen. Denn die Generationen von morgen brauchen viel mehr als nur ein Tablet, sie brauchen Kreativität und Resilienz, um sich einer wandelnden Welt anzupassen und deren Zukunft aktiv mitzugestalten.“

Dana Kube,
Initiatorin des TUMO Lernzentrums in Frankfurt am Main

Etwa 45.000 Schüler*innen im Alter von 10 – 18 Jahren können mit einem TUMO-Lernzentrum erreicht werden.

Digitale Helden

Zudem freuen wir uns, dass wir den Verein Digitale Helden fördern können, der sich seit langem für die Stärkung digitaler Kompetenzen von Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften einsetzt, insbesondere im Kampf gegen Cyber-Mobbing, Stress und Ausgrenzung im Netz und im Klassenraum. Ihr Mentoring-Programm unterstützt Schulen dabei, sicherer mit digitalen Herausforderungen umzugehen und das soziale Zusammenleben zu verbessern. Ihre Arbeit kann als Vorbild für zukünftige Projekte zur Sensibilisierung gegen Cybermobbing und -gewalt in der gesamten Stadt dienen.

Tageseltern als wichtige Säule der Kinderbetreuung

Die Trägervielfalt in der Kinderbetreuung ist uns nach wie vor wichtig und wir arbeiten darauf hin, dass sie erhalten bleibt und gestärkt wird. Ein guter Beitrag dazu ist die Absicherung der Tageseltern durch eine neue Satzung. Gerade im U3-Bereich sind die kleinen Gruppen bei den Tageseltern ein Beitrag zu Vielfalt und Qualität in der Betreuung. Mit der neuen Satzung soll die finanzielle Situation der Tageseltern verbessert und die Zahl der Plätze weiter erhöht werden.

Zur Kitaplatzentwicklung seit 2021

Seit 2021 sind 532 Betreuungsplätze für Kinder von null bis zehn Jahren geschaffen worden. In Frankfurt werden zum Stichtag 1. März 2022 insgesamt 44.874 Kinder betreut. In der Zeit von 2015 bis 2021 wurden stadtweit 7.100 Betreuungsplätze geschaffen.

In den Betreuungseinrichtungen der Stadt, der freien Träger und in den Tagesfamilien stehen insgesamt 12.549 Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zur Verfügung.



Foto: Nathan Durniao | Unsplash

Kostenloses drittes Krippenjahr

Zum 1. Mai 2023 sind die Elternentgelte für Kinder im letzten Krippenjahr entfallen. Hierfür nimmt die Stadt Frankfurt in den Jahren 2023 bis 2026 insgesamt 58,8 Millionen Euro in die Hand. So werden Frankfurter Familien finanziell entlastet und aufgrund des zusätzlichen Anreizes werden mehr Kinder in die Betreuung kommen. Dies erweitert ihre Teilhabe an frühkindlicher Bildung und erhöht ihre Chancen auf einen späteren Schulerfolg. Zudem ist es ein weiterer Baustein, der es Eltern erleichtert, Familie und Beruf zu vereinen.

Mit der Entgeltfreiheit im dritten Krippenjahr werden Kinder in Frankfurt nun ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Schuleintritt durchgängig entgeltfrei betreut.

„Die Entgeltfreiheit im letzten Krippenjahr bedeutet für Familien mit Kindern eine jährliche finanzielle Entlastung von 2.376 Euro, wenn die Kinder einen Ganztagsplatz besuchen. Insgesamt betrifft es 5.750 Plätze in städtischer oder freier Trägerschaft und in der Kindertagespflege.“

**Marlene Riedel,
Sprecherin für frühkindliche Bildung
und Betreuung**





Foto: Martin Widenka | Unsplash

PLANEN, WOHNEN UND STÄDTEBAU

Unsere lokale Wohnungs- und Planungspolitik verfolgt das Ziel, eine nachhaltige und ausgewogene städtische Entwicklung sicherzustellen. Das beinhaltet die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Förderung von sozialer Integration und die Berücksichtigung ökologischer Aspekte im Bauprozess. Durch eine umfassende Planungspolitik werden öffentliche Räume und die Infrastruktur verbessert, um die Bedürfnisse unserer vielfältigen Stadtgesellschaft zu erfüllen.

Gewerbegebiete und Rechenzentren-Standorte weiterentwickeln

Mit dem aktualisierten „Gewerbeflächenentwicklungsprogramm“ haben wir ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um das Planungsrecht für viele Gewerbegebiete in den kommenden Jahren so zu überarbeiten, dass bestehendes Gewerbe besser geschützt und die Entwicklung von Standorten für Rechenzentren gesteuert werden können. In den letzten Jahren wurden viele Betriebe aus Frankfurt verdrängt, weil Rechenzentrumsbetreiber Grundstücke weit über üblichen Marktpreisen kaufen konnten. So gehen jedoch Arbeitsplätze und Gewerbestrukturen verloren, die wir in der Stadt halten wollen. Um den Plan, die Abwärme der Rechenzentren besser zu nutzen, realisieren zu können, haben wir mit einem Etat Antrag eine Stelle geschaffen, die sich ausschließlich darum kümmern soll, wie wir dieses Potential heben können.

Neue Instrumente für die Wohnungspolitik

Wohnungspolitisch befinden wir uns aktuell in einer Ausnahmesituation, denn der Wohnungsbau ist in den letzten Jahren in ganz Deutschland in Folge der Verteuerung der Baustoffe und dem Anstieg des Zinsniveaus stark eingebrochen. Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, braucht es in dieser Situation auch Unterstützung der öffentlichen Hand. Trotz aller Probleme wollen wir an unseren Zielen festhalten, insbesondere beim Wohnen soziale und ökologische Belange zusammen zu denken, denn Energieeffizienz und Klimaanpassung sind kein Luxus, sondern Garantien für die Lebensqualität von Morgen. Als Kommune mit eigenen Flächen und einer großen eigenen Wohnungsbaugesellschaft haben wir die Möglichkeit, in dieser schwierigen Situation – zumindest ein Stück weit – gegenzusteuern und einen wichtigen Beitrag für die Versorgung mit bezahlbarem und sozial gefördertem Wohnraum zu leisten. Ende 2023 haben wir den Beschluss gefasst, dass die ABG zukünftig zu 60 Prozent sozial gefördert bauen soll. Zudem nehmen wir jede vierte freierwerbende freifinanzierte Wohnung bei der ABG in die Sozialbindung. Neben dem Ankauf und der Verlängerung von Belegungsrechten auf dem freien Markt sind das hilfreiche Instrumente, den Trend schwindender Sozialwohnungen umzukehren.

Auch bei der Ausweisung neuer Baugebiete setzen wir den 2020 gefassten Baulandbeschluss, der große Anteile der Wohnflächen für gefördertes und gemeinschaftliches bzw. genossenschaftliches Wohnen vorsieht, weiterhin konsequent um. So entsteht aktuell beispielsweise am Hilgenfeld trotz der Baukrise und unter Anwendung des Baulandbeschlusses ein nahezu klimaneutrales Quartier.

„Bei der Bewirtschaftung unserer eigenen Flächen wollen wir wegkommen von der Logik, erst maximale Einnahmen zu erzielen und aus diesen dann Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Wir wollen direkt diejenigen Projekte fördern und ermöglichen, die auch den größten sozialen und ökologischen Mehrwert für unsere Stadtgesellschaft bieten!“

**Johannes Lauterwald,
wohnungspolitischer Sprecher**

Konkret erreichen wollen wir das, indem wir die Art und Weise, wie Flächen vergeben werden, durch einen transparenten Prozess mit klaren Kriterien gestalten und denjenigen, die den Zuschlag in diesem Verfahren erhalten auch eine günstige Pacht der städtischen Flächen ermöglichen. Unsere Koalition hat daher beschlossen, städtische Grundstücke und Gebäude ausschließlich im Erbbaurecht zu vergeben und nicht mehr zu verkaufen. So wollen wir sicherstellen, dass die Flächennutzung langfristig im städtischen Interesse und im Einklang mit gemeinwohlorientierten Zielen erfolgt.

Die Vergabe städtischer Grundstücke soll zukünftig durch ein Konzeptverfahren erfolgen, das sowohl ökonomische, soziale als auch ökologische Kriterien berücksichtigt. Dies beinhaltet Aspekte wie die Schaffung von Wohnraum mit langfristiger Preisstabilität, die Sicherung von Arbeitsplätzen, Klimaanpassungsmaßnahmen und Konzepte für einen klimaneutralen Betrieb.

Der Erbbauzinssatz kann daher gemäß unserem Beschluss künftig auf 1,5 Prozent oder weniger reduziert werden, um gemeinwohlorientierte Ziele zu unterstützen. Der Magistrat hat den Auftrag erhalten, ein entsprechendes Verfahren und Kriterien zu entwickeln, um eine gezielte Absenkung des Erbbauzinses zu ermöglichen. Diese Regelung soll einen Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes leisten, indem günstigerer Wohnraum durch eine flexible und faire Gestaltung der Erbpachtverträge ermöglicht wird.

Bauwende und Umbaukultur

Viele Aspekte für ein nachhaltigeres Bauen sind im Neubau schon durch den Gesetzgeber vorgegeben. Daneben setzen wir uns natürlich auch sehr für Regelungen ein, die darüber hinaus gehen. So ist Frankfurt „Passivhaus-Hauptstadt“ mit einer Stadtverwaltung und kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, die die Vorgabe haben, in diesem sehr energiesparsamen Standard zu bauen. Obwohl die nachhaltigsten Bauprojekte meist jene sind, in denen so wenig wie möglich neu gebaut wird, gibt es keine gesetzlichen Vorgaben, sie vor einem Abriss und damit verbundenem Verlust der in sie bereits investierten „grauen Energie“ zu schützen. Darum muss bei jedem Projekt aufs Neue geprüft, kreativ überlegt und überzeugt werden, ob man es auch im Bestand umsetzen könnte. Mit der Einrichtung eines Dezernats für „Neues Bauen“ hat unsere Koalition sich auf diesen Weg gemacht. Zahlreiche große und wichtige Schulbauvorhaben der Stadt wurden in den letzten Jahren in bestehenden Bürogebäuden, die zu diesem Zweck saniert und umgebaut werden sollen, geplant. Das ist ein wichtiger Schritt hin zur „Umbaukultur“, in der Umbau die Regel und Abriss die Ausnahme sind und die wir erreichen wollen und müssen!

„In Frankfurts prägenden Gebäuden steckt auch ein Stück unserer kulturellen Identität, die wir erhalten wollen. Und auch zum Schutz des Klimas und der Ressourcen fordern wir wo immer möglich: Umbau statt Abriss! Wir werden weiter für das alte Oberforsthaus, das Sudhaus der Binding-Brauerei, Naxoshalle, Juridicum, Dondorf-Druckerei und andere streiten.“

Uli Baier,
baupolitischer Sprecher

Foto: Rodi Creek



4.700 Wohnungen wurden in Frankfurt bereits in der besonders energieeffizienten Passivhausweise errichtet – größtenteils durch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ABG.

Entwicklung neuer Baugebiete

Die Bevölkerung unserer Stadt wächst weiterhin stark. Während wir viele Wohnungsbauprojekte durch Flächenrecycling, also der Umwandlung von Gewerbebrachen in Wohngebiete, wie etwa im Schönhofviertel, und durch Nachverdichtung und Aufstockung, wie etwa in der Platensiedlung, ermöglichen können, brauchen wir auch neue Baugebiete, um den großen Bedarf an neuem Wohnraum zu bedienen. Denn die Alternative wäre, dass die Preise immer weiter steigen und Menschen mit weniger Geld nach und nach aus Frankfurt verdrängt würden. Damit in neuen Baugebieten hohe gestalterische und ökologische Standards realisiert werden können und trotzdem günstiger Wohnraum entstehen kann, bieten sich „städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen“ an, wie wir sie für den „Stadtteil der Quartiere“ anstreben. Die Kommune kann die Wertsteigerungen des Bodens, auf dem sie Planungsrecht schafft, dann selbst abschöpfen und daraus die Infrastruktur wie etwa Straßen, Grünflächen, Schulen und Kitas finanzieren. Dieses komplexe Vorhaben haben wir konstruktiv begleitet und haben uns für eine ausgeglichene, klimatisch angepasste Planung eingesetzt, über deren Realisierung nun aufgrund der gesetzlichen Regelungen die Region entscheiden muss.

*„Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Nachbarkommunen dem Plan für den Stadtteil der Quartiere zustimmen, damit wir unsere Ideen für lebenswerte, autofreie und durchgrünte Quartiere am Frankfurter Stadtrand verwirklichen können und vielen Frankfurter*innen eine gute Wohnung in diesen neuen Quartieren, in denen auch viele Arbeitsplätze entstehen sollen, anbieten können!“*

Julia Frank,
planungspolitische Sprecherin



Wohnen für Studierende und Auszubildende

Wir haben die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Auszubildende mit Nachdruck verfolgt. Gemäß unserem Beschluss sollen am Runden Tisch mit wichtigen Akteuren wie Studierendenwerk, (Hoch-)Schulen und der Wohnungswirtschaft neue Wohnprojekte entwickelt werden. Das Ziel ist für mindestens zehn Prozent der Studierenden Wohnheimplätze zu schaffen. Solange die von uns geplante Anpassung des Baulandbeschlusses noch nicht umgesetzt wurde, setzen wir uns bei ABG und Nassauische Heimstätte für eigene Quoten von fünf Prozent für Studierenden- und Azubiwohnen bei ihren Projekten ein. Auch befindet sich ein Azubiwerk in Gründung, das auf einen unserer Etatanträge zurückgeht. Dieses soll als Träger in Kooperation mit der Wirtschaft viele zusätzliche günstige Wohnungen für Auszubildende bereitstellen.

Auch das Frankfurter Wohnraumförderprogramm soll optimiert werden, um Wohnungen mit erschwinglichen Mieten speziell für diese Zielgruppe zu realisieren. Wichtig ist uns dabei auch die Schaffung barrierefreier Wohnungen und die Förderung innovativer Wohnmodelle wie Mehrgenerationenhäuser, um das soziale Miteinander in der Stadt zu stärken.

Anpassung von Förderprogrammen

Wir haben den Magistrat beauftragt, das Förderprogramm zur Modernisierung des Wohnungsbestandes weiterzuentwickeln. Unser großes Ziel ist, bis 2035 einen klimaneutralen privaten Gebäudebestand zu erreichen. Dazu brauchen wir ein effektives, attraktives und sozialverträgliches kommunales Förderprogramm. Insbesondere in Gebieten mit Milieuschutz wollen wir so bessere Energiestandards ermöglichen, ohne dass dabei größere Mietsteigerungen anfallen. Sanierungen, die von der Stadt gefördert werden, dürfen nicht zur Verdrängung der Bestandsmieter*innen führen. Aktuell stehen Verwaltung, Politik und Interessensvertreter*innen im laufenden Austausch, um sich gemeinsam auf ein tragfähiges und wirksames überarbeitetes Förderprogramm zu einigen. So soll die Stadt Frankfurt dazu beitragen, die Wärmeversorgung der Gebäude unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die lokale Wirtschaft und das Handwerk fördern. Um den Bau von sozial geförderten Wohnungen wieder besser zu ermöglichen, werden die bestehenden Förderprogramme an die neue Kostenwirklichkeit angepasst.



KULTUR

Wir GRÜNEN im Römer setzen uns mit großem Engagement für die vielfältige, innovative und international vernetzte Kulturlandschaft Frankfurts ein. Es gilt ein großes künstlerisches Erbe der Stadt Frankfurt zu bewahren und zu fördern. Kunst und Kultur stehen für sich selbst und sind in allen ihren Formen für Frankfurt und für die Menschen in unserer Stadt von Bedeutung. Deshalb ist es auch unser Ziel, Kunst und Kultur als Ort der vielfachen Auseinandersetzung und identitätsstiftenden Wirkungen zu unterstützen und zu entwickeln.

Städtische Bühnen

Nach rund 15 Jahren der Prüfungen und Untersuchungen hat die Koalition im Dezember 2023 beschlossen, einen Schritt Richtung „umgekehrte Kulturmeile“ mit der Oper am bisherigen Standort am Willy-Brandt-Platz und dem Schauspiel an der Neuen Mainzer Straße auf einem Grundstück der Helaba und der Frankfurter Sparkasse zu gehen.

„Wir sind froh über diese Lösung, da sie in kulturpolitischer, ökologischer und stadtplanerischer Hinsicht Vorteile gegenüber den anderen Varianten hat. Den noch auszuhandelnden Vertrag mit der Landesbank Hessen-Thüringen und der Frankfurter Sparkasse werden wir auch hinsichtlich der Kosten genauestens prüfen.“

Uwe Paulsen,
Sprecher für Kultur, Wissenschaft
und Wirtschaft

Freie Szene

Die Situation der Künstler*innen der sogenannten Freien Szene hängt zu einem großen Teil davon ab, inwiefern die Stadt Frankfurt im Haushalt genügend Mittel für diesen Bereich der Kultur veranschlagt. Viele Kultureinrichtungen müssen sich nach dem Wegfall der Corona-Hilfen um eine ausreichende Finanzierung sorgen. Wir haben in zahlreichen Gesprächen mit Vertreter*innen der Freien Szene sicherstellen können, dass für den Haushalt 2023 die Mittel erhöht wurden. Das ist für die Vielfalt der Frankfurter Kulturlandschaft unabdingbar. Auch für die Provenienzforschung der Museen haben wir Gelder bereitgestellt, denn wir müssen das koloniale Erbe auch in Frankfurt aufarbeiten.

Wir haben in den Haushalten 2022 und 2023 für die Freie Szene die Projektmittel und institutionellen Fördermittel insgesamt um 1.245.000 Euro erhöht.

Paulskirche und Haus der Demokratie

Die unabhängige Expertenkommission Paulskirche, die von der Bundesregierung, der hessischen Landesregierung und der Stadt Frankfurt eingesetzt wurde, hat im April 2023 ihren Bericht vorgelegt und darin konkrete Empfehlungen für die Zukunft und Ausgestaltung des Demokratieortes Paulskirche und eines Hauses der Demokratie ausgesprochen. Sie hat ein Konzept für ein noch zu realisierendes Haus der Demokratie und die Paulskirche als einen nationalen Erinnerungsort vorgelegt, das die wesentlichen Anregungen der Stadtverordnetenversammlung aus den Jahren 2019 und 2020 übernommen hat. In den nächsten Schritten werden wir als Stadt in Kooperation mit dem Bund und dem Land Hessen die baulichen, inhaltlichen und finanziellen Voraussetzungen der Umsetzung dieses Konzeptes erörtern.



Foto: Rodi Citek

English Theatre Frankfurt

Wir haben die Bemühungen des English Theatre Frankfurt (ETF) zur Weiternutzung der Spielstätte im Gallileo-Tower bereits seit Frühjahr 2022 unterstützt – sowohl medial als auch im Ausschuss. Wir freuen uns, dass im Januar 2024 nach intensiven Verhandlungen der Stadt Frankfurt eine Lösung verkündet werden konnte und das Theater nach der Sanierung in das Gallileo zurückkehren kann. Bis dahin begleiten wir das ETF auch im Interim: das gemeinsam mit der Theaterwerkstatt Mousonturm genutzte Fritz-Rémond-Theater im Zoo.

*„Das ETF ist eine wichtige Kulturinstitution, deren Bedeutung weit über die Grenzen unserer Stadt hinausgeht. Als größtes englischsprachiges Theater auf dem europäischen Kontinent bietet es nicht nur für erwachsene Besucher*innen ein anspruchsvolles Programm, sondern ist auch für die kulturelle Bildung und das Erlernen der englischen Sprache von Kindern und Jugendlichen eine Leuchtturminstitution.“*

Julia Eberz,
Sprecherin für Kultur



Musikbunker

Gerade für Bands, deren Proberäume besondere Anforderungen an die Schalldämmung zum Schutz der Nachbar*innen aufweisen müssen, sind Proberäume in einer dicht besiedelten Stadt wie Frankfurt rar und daher sehr wertvoll. Die Musikbunker bieten sich als ideale Orte für Proben und Auftritte an. Von Bedeutung sind sie aber auch als Lehr- und Lernorte. Gerade viele Kinder und Jugendliche nehmen dort Musikunterricht, der zuhause in der Regel nicht möglich wäre. Die kurzfristige Schließung des Musikbunkers im Marbachweg durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Anfang 2022 hat nicht nur die Frankfurter Bandszene, sondern die Kultur insgesamt erschüttert. Gleichzeitig liefen bzw. laufen die langfristigen Mietverträge von fünf städtischen Musikbunkern (Heddernheim, Germaniabunker, Leunastraße, Schmidtstraße, Schmickstraße) aus. Zwar haben sich die Mietverträge automatisch um jeweils ein Jahr verlängert, trotzdem herrschte unter den Mieter*innen und den Bands, die die Proberäume nutzen, große Verunsicherung. Auf Initiative von uns GRÜNEN hin wurde eine 15-jährige Verlängerung der Mietverträge festgeschrieben und die Musiker*innen haben nun endlich Planungssicherheit.

Sommerwerft

Die Sommerwerft gehört zum Frankfurter Kultursommer wie kaum ein anderes Festival. Im Gegensatz zu den meisten anderen Festivals ist die Sommerwerft auch für Menschen ohne oder mit wenig Einkommen erlebbar, denn bei den Aufführungen wird lediglich um freiwillige Spenden gebeten. Dies ist „Kultur für alle“ in Reinform und die Sicherung dieses Events hat für uns GRÜNE daher eine hohe Priorität. Mittels einer zusätzlichen, einmaligen Förderung in Höhe von 50.000 Euro konnten wir die Durchführung der Sommerwerft 2023 im gewohnten Umfang sicherstellen.

Nida

Wichtige Grabungsfunde haben NIDA zur internationalen Bedeutung für die althistorische und provinzialrömische Forschung gemacht. Die Hinweise, dass diese Stadt, ihre militärische Funktion und ihre kulturgeschichtliche Bedeutung völlig neu bewertet und gesehen werden muss, wurden in wissenschaftlichen Kongressen bereits weltweit debattiert.

Es ist uns gelungen, die ortsgebundene Authentizität und Erlebbarkeit am Fundort beziehungsweise in dessen unmittelbarer Nähe zu bewahren. Die substanzielle Erhaltung des Bodendenkmals am Ort ermöglicht zukünftigen Generationen sich neu und anders mit den Funden auseinanderzusetzen, die dauerhafte Sichtbarmachung im pädagogischen Kontext vor Ort eine Identifizierung mit dem eigenen Lebensort und seiner Geschichte.

„2000 Jahre alte römische Funde und Wohnungsbau? Klar geht das: Nida war vor Frankfurt und wir brauchen Wohnungen. Wir vereinbaren archäologische Funde mit aktueller Stadtentwicklung. Integrieren wir also die Funde und machen sie der Bevölkerung zugänglich!“

**Sylvia Momsen,
Kulturpolitikerin**



Papageno Musiktheater

Das Papageno Musiktheater im Palmengarten spielt im Bereich „kulturelle Bildung“ seit über 25 Jahren eine wichtige Rolle in Frankfurt. Die zahlreichen Aufführungen für Schulklassen sind in der Regel Monate im Voraus ausgebucht, die Schüler*innen kommen dabei nicht nur aus Frankfurt, sondern aus ganz Hessen und darüber hinaus. Das Dach und die Klimaanlage des Papageno sind inzwischen in die Jahre gekommen und müssen dringend erneuert werden. Die Klimaanlage läuft seit Anfang Januar 2024 nur noch in einem Notbetrieb und ein Austausch ist dringend geboten. Dafür haben wir über einen Etat Antrag 170.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Atelier 1318 der Freien Kunstakademie

In einer Zeit, in der junge Menschen viel digital kommunizieren, ist die Begegnung mit der Wirklichkeit von Stein, Holz, Metall und Farbe eine unersetzliche Erfahrung. Damit erleben junge Menschen haptische Erfahrungsbereiche zur Ausbildung ihrer eigenen kreativen Fähigkeiten und Ausdrucksmöglichkeiten. Im Atelier 1318 können sie sich erproben, angeleitet von ausgebildeten Künstler*innen. Das haben wir im Haushaltsjahr 2023 mit 45.000 Euro unterstützt.



Foto: Aylla Erden



SPORT

Unser Ziel sind Sport- und Bewegungsangebote, die sozial, ökologisch, divers, inklusiv, gerecht, fair und demokratiefördernd sind. Ohne Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, ohne Gewalt und Sexismus. Wir setzen uns deshalb für Sichtbarkeit, Solidarität und Verbesserung der Strukturen eines vielfältigen Sports in Frankfurt auf allen Ebenen ein.

Im November 2023 wurde das Projekt „Girls wanted“ neu aufgelegt. Unter dem Namen „GRLS WNTD Soccer“ eröffnet es Mädchen von der dritten bis sechsten Klasse an zehn Schulen die Möglichkeit, unter Anleitung ehemaliger Nationalspielerinnen und aktiver Spielerinnen Fußball zu spielen und ihre Begeisterung zum Spiel zu entdecken. Sie werden ermutigt, den Sport aktiv zu verfolgen. Im Rahmen der EURO2024 konnte hier nach langer Pause endlich ein Sponsor gefunden werden und wir arbeiten daran, dass das Mädchenfußball-Projekt langfristig weitergeführt wird.

Mädchen und Frauen in einer Männerdomäne stärken

Unser Antrag „Förderung und Verbesserungen der Strukturen für Mädchen und Frauen im Fußball“ hat angesichts des stetig wachsenden Interesses von Mädchen am Fußballsport zum Ziel, die Vereine im Mädchenbereich noch mehr zu stärken. Noch immer fehlen Trainer*innen, ausreichend Plätze, Trainingsmaterial, professionelle Bedingungen sowie klare Strukturen für die weibliche Nachwuchsförderung. Kooperationen von Vereinen mit Grundschulen und Jugendzentren werden nun verstärkt gefördert, Mädchenfußball-AGs ausgeweitet und aktive Spielerinnen für Fußball-AGs oder Feriencamps gewonnen.



Queere Community im Sport empowern

Im Juli 2022 haben wir den Magistrat beauftragt, dass sich die Sportstadt Frankfurt für die Gay Games 2030 bewerben möge. Das ist eine internationale Sportveranstaltung, die alle vier Jahre stattfindet und sich an die LSBTIQA*-Gemeinschaften richtet. Hiermit wollen wir ein Zeichen der Solidarität mit der queeren Sport-Community auf internationaler Ebene setzen und ihre Sichtbarkeit unterstützen. Unsere Stadt steht für Diversität und Gleichberechtigung aller Menschen. Mit einer erfolgreichen Bewerbung für die Gay Games 2030 könnte Frankfurt das Entstehen der Stadt für diese Werte weithin sichtbar machen und ein starkes Signal zum Empowerment der queeren Community aussenden.

Mit dem Antrag „Schutzräume und Empowerment für LSBTIQA* – beginnend bei Kindern und Jugendlichen“ wollen wir gemeinsam mit Vereinen und entsprechenden Initiativen die Schaffung von besonderen Sportangeboten sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport für Kinder und Jugendliche aus der LSBTIQA*-Community unterstützen. Dabei soll die Freude am Sport in einer akzeptierenden Umgebung im Vordergrund stehen und es sollen Schutzräume vor Diskriminierung und Stigmatisierung entstehen. Hierfür haben wir den Magistrat beauftragt, gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, dem Sportkreis sowie der Sportjugend und unter Einbeziehung queerer Initiativen in Frankfurt eine Kampagne für mehr Chancengleichheit, Vielfalt und Solidarität im Sport zu entwickeln.

Sicher ist sicher

Wir machen uns seit Monaten für die Sanierung und Modernisierung des DLRG-Gebäudes am Mainufer stark, das im Rahmen der EURO2024 einen noch umfangreicheren Wasserrettungsauftrag als ohnehin schon haben wird. Zudem war und ist uns bei der EURO2024 so wie auch bei anderen Sportgroßveranstaltungen wichtig, dass sich alle Menschen sicher fühlen und vor Diskriminierung und Gewalt geschützt sind. Wir haben deshalb mit der Tourismus+Congress GmbH, die die EURO2024 für Frankfurt als Austragungsort von fünf Spielen organisiert, über mögliche Awarenesskonzepte gesprochen und werden die Umsetzung eng begleiten.

„Sichtbarkeit und Empowerment von Mädchen und Frauen im Sport, bessere Zugänge, gleichberechtigte Teilhabe und insgesamt bessere Strukturen im gesamten sportlichen Setting sind nach wie vor gesellschaftliche und politische Aufgaben.“

Natascha Kauder,
sportpolitische Sprecherin



Inklusion weiter vorantreiben

Dass Frankfurt auch inklusive Sport- und Bewegungsangebote bieten kann und hier über eine sehr gute Infrastruktur und sehr gut ausgebildete Trainer*innen verfügt, haben wir als Host Town der „Special Olympics 2023“ bewiesen und mit einer Delegation aus Indien die größte Gruppe in Hessen für vier Tage aufgenommen. Die Initiative zur Bewerbung als Host Town kam von uns.

Wichtig ist jetzt, die Erfahrungen der Special Olympics zu nutzen und die ausbaufähige Infrastruktur der Sportvereine hinsichtlich Barrierefreiheit zu verbessern, um so noch mehr Kindern und Erwachsenen inklusive Angebote machen zu können.

Missbrauch im Sport begegnen

Auch dem Thema Missbrauch und sexualisierte Gewalt im Sport haben wir uns angenommen und mit der Anfrage „Safe Sport – Schutz von Kindern und Jugendlichen im Sport“ den Magistrat um Auskunft über die Situation in Frankfurter Sportvereinen gebeten. Die Studie „Sicher im Sport“ liefert hierzu Daten zu interpersonaler Gewalt. Diese Studie wird seitens der Sportjugend Hessen landesspezifisch ausgewertet. Die Ergebnisse werden wir dann für unsere parlamentarische Arbeit zu Missbrauch im Sport verwenden. Weiterhin soll Frankfurt in Kooperation mit dem Land für zunächst zwei Jahre ein Konzept der Sportjugend Frankfurt zum Thema Kindeswohl und Kinderschutz fördern.

Angeichts der zunehmenden Gewalt auf Fußballplätzen haben wir zudem eine Aktualisierung und Erweiterung der „Frankfurter Erklärung - Gemeinsam gegen Gewalt im Fußball“ mit auf den Weg gebracht und aktuelle und niederschwellige Fair Play Kampagnen eingefordert.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

← POLIZEI

In einer Welt, in der Sicherheit und öffentliche Ordnung von zentraler Bedeutung sind, kümmern wir uns als GRÜNE auch um Themen rund um Brandschutz, Feuerwehr sowie städtische Polizei und Sicherheit.

„Bei Sicherheit und Ordnung denken immer noch viele Menschen an ‚Law and order‘. Damit unsere Vorstellung des Zusammenlebens aller Menschen hier in Offenheit und Toleranz funktionieren kann, steht es außer Frage, dass wir die Polizei dafür brauchen, aber gleichzeitig konstruktive Kritik an strukturellen Missständen üben. Verantwortung für die Sicherheit aller betrachten wir umfassend. Dafür arbeiten wir auch mit der Polizei zusammen insbesondere an präventiven Lösungen.“

Dr. Christoph Rosenbaum
sicherheitspolitischer Sprecher



Polizeiliche Aufgaben müssen von Fachpersonen wahrgenommen werden

2007 wurde der freiwillige Polizeidienst in Frankfurt eingeführt und von Anfang an kontrovers diskutiert. Die Koalitionsfraktionen sind der Ansicht, dass ordnungspolitische Maßnahmen nur von fachlich ausgebildeten Personen durchgeführt werden sollten. Deshalb haben wir 2021 beantragt, den freiwilligen Polizeidienst abzuschaffen und die freiwerdenden Mittel zur besseren Ausstattung der Stadtpolizei zu verwenden.

Waffenverbotszone objektiv bewerten!

Nachdem die Waffenverbotszone im Bahnhofsviertel, gegen die wir uns immer vehement ausgesprochen haben, zum 1. November 2023 vom Oberbürgermeister durch eine Rechtsverordnung erlassen wurde, erachten wir eine fundierte Auswertung für eminent wichtig. Hierfür müssen auch die Menschen vor Ort einbezogen werden. Außerdem müssen weitere Kriterien und spezifische Zielformulierungen für die objektive Sicherheit definiert werden, die über die Anzahl der eingezogenen Waffen hinausgehen. In der Evaluation sollte nach Möglichkeit auch untersucht werden, wie andere zeitlich parallele Maßnahmen das Sicherheitsgefühl und die Gewaltentwicklung im Bahnhofsviertel beeinflussen und welche Verdrängungseffekte in angrenzende Gebiete durch die Waffenverbotszone entstehen. Für eine solche umfassende Evaluation setzen wir uns als GRÜNE im Römer weiterhin ein.

30 %

beträgt inzwischen der Mädchenanteil in der Jugendfeuerwehr. Die Zahl der Mädchen in der Jugendfeuerwehr steigt stetig und hat vor Kurzem knapp ein Drittel erreicht. Ein gutes Zeichen für die Feuerwehr!

Mehr Personal für die Leitstelle der Branddirektion

Seit Jahren nimmt die Anzahl an Notrufen zu. Damit einher geht ein stark erhöhtes Arbeitsaufkommen in der Leitstelle der Branddirektion Frankfurt, welches bisher mit Personal aus Feuer- und Rettungswachen sowie Überstunden abgefangen wird. Eine Situation, die nicht haltbar ist. Deshalb haben wir mit einem Etatantrag in die Wege geleitet, dass 34 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Damit soll auch sichergestellt bleiben, dass eine gesicherte Notrufannahme innerhalb der gesetzlichen Frist von zehn Sekunden und damit Grundschutz bei Brandschutz und Rettungsdienst gewährleistet ist.

Die Feuerwehr leistet unverzichtbare Arbeit für die Stadt Frankfurt und ist mit der Jugendfeuerwehr die größte Akteurin in der Frankfurter Jugendarbeit.



Foto: privat

Unser Stadtverordneter Christoph Rosenbaum hat im Januar 2024 die Feuerwehr bei einer 24-Stunden-Schicht begleitet.

WIRTSCHAFT



Foto: Guven Karakoc | Unsplash

Die Stadt Frankfurt ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort und Finanzhub. Unsere kommunale Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, lokale Wirtschaftsaktivitäten genauso wie ökologische Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung zu fördern. Wir brauchen nachhaltige, interkommunale Gewerbegebiete und einen lebendigen Gründungsstandort. Wir fördern das lokale Handwerk ebenso wie den lokalen Einzelhandel.

Masterplan Handwerk

Im Stadtgebiet Frankfurt gibt es rund 7.300 insbesondere kleine und mittelständische Handwerksbetriebe. Diese wollen wir als Koalition fördern und unterstützen. Dafür haben wir das Wirtschaftsdezernat beauftragt einen „Masterplan Handwerk“ zu entwickeln. Denn Frankfurt ist eben nicht nur Banken-, Handels- und Industriestadt, sondern auch ein zentraler und bedeutender Handwerksstandort. Der Koalitionsvertrag für die Jahre 2021 bis 2026 sieht vor, Frankfurt als Handwerksstandort zusammen mit dem organisierten Handwerk in seiner Gesamtheit stärker in den Blick zu nehmen und den Handwerksstandort Frankfurt-Rhein-Main zukunftsfit zu machen. Wir wünschen uns dabei vor allem ein Konzept, in dessen Mittelpunkt sogenannte Handwerkerhöfe stehen, die zudem auch das Stadtteilgewerbe stärken.

Den Einzelhandel unterstützen

Besonders nach Corona ist der Einzelhandel in Teilen in einer schwierigen Situation. Wie vor der Pandemie bemühen wir uns in Kooperation mit Gewerbevereinen in den Stadtteilen, die Situation für den Einzelhandel und die Gastronomie zu verbessern, indem wir etwa die Aufenthaltsqualität in den Einkaufstraßen erhöhen. Im Rahmen eines Pilotprojekts sollen dem Einzelhandel zum Beispiel Sondernutzungsgenehmigungen für Warenauslagen auf Parkflächen gewährt werden. Geschäfte können ihre Waren, wie Obst, Blumen und Bücher, nun direkt vor ihrer Tür präsentieren, was zu einem lebendigeren Stadtbild beiträgt. Diese Initiative kann nicht nur das Einkaufserlebnis in Frankfurt steigern, sondern auch die Nutzung des öffentlichen Raums verbessern. Dadurch, dass nun auch Parkflächen für die Warenauslage genutzt werden, können Zufußgehende entlastet werden. Nach einem Jahr soll das Projekt evaluiert und über die Ausweitung bzw. Fortsetzung entschieden werden.

Gewerbegebiete – nachhaltig und interkommunal

Frankfurt leidet bekanntlich unter Flächenmangel, was auch die Industrie und das Gewerbe in Mitleidenschaft zieht. Derzeit fehlen ca. 90 Hektar Gewerbeflächen, die auch in Zukunft nur schwer zu finden sein werden. Deswegen setzen wir GRÜNE uns dafür ein, interkommunale Gewerbegebiete zu entwickeln bzw. auszuweisen. Dafür werden momentan intensive Gespräche mit anliegenden Kommunen geführt, um Potenziale von interkommunalen Flächen auszuloten, die sowohl teilweise in Frankfurt als auch teilweise außerhalb in der Region liegen. Diese Potenziale sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft und können perspektivisch für Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet als Gewerbestandort sehr wichtig sein.

„Frankfurt muss ein bedeutender Wirtschaftsstandort bleiben – ökologisch nachhaltig und sozial gerecht.“

Uwe Paulsen,
wirtschaftspolitischer Sprecher



Wir GRÜNE machen uns im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung dafür stark, bestehende Gewerbegebiete weiterzuentwickeln und sie zukunftsfähig zu machen.

Zudem soll aus unserer Sicht eine Gewerbeflächenentwicklungsgesellschaft gegründet werden, welche Gewerbegrundstücke für die Stadt Frankfurt erwerben und vergeben soll. Diese Gesellschaft ist Teil eines Programms, welches unter anderem auch eine sinnvolle Nutzung der Abwärme von Rechenzentren vorsieht. Dafür hat die Koalition von 2023 bis 2026 Gelder für eine Personalstelle im städtischen Haushalt eingestellt, die ein Konzept für die Abwärmenutzung erarbeiten soll. Rein rechnerisch könnte die Abwärme, die in den Frankfurter Rechenzentren produziert wird, einen großen Teil des Wärmebedarfs der Frankfurter*innen decken. Um dieses große theoretische Potential auch praktisch nutzbar zu machen, bedarf es jedoch noch einiger Schritte und größerer Investitionen insbesondere in Nahwärmenetze und das Fernwärmenetz. Die beschlossene Ausweisung von Flächen für Rechenzentren soll sicherstellen, dass noch genügend Raum für Industrie und produzierendes Gewerbe verfügbar bleibt.

Gründungsstandort Frankfurt

Wir GRÜNE arbeiten intensiv daran, Gründungsaktivitäten seitens der Stadt Frankfurt, der Frankfurt University of Applied Sciences sowie von privater Seite auf Synergien und Effektivität hin zu überprüfen. So unterstützen wir im Rahmen der Koalition zum Beispiel „Frankfurt Forward“, ein Vorzeigeprojekt innerhalb der Start-Up Förderung in der Rhein-Main Region. Es leistet einen wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung von Innovation und Digitalisierung in Frankfurt. Darüber hinaus hat die Koalition 2023 den Frankfurter Gründerfonds mit erheblichen Mitteln aufgestockt. Der Frankfurter Gründerfonds ist ein Bürgerschafts-Förderprogramm zur Unterstützung von (Klein-)Gründungen und Startups in Frankfurt. Auch im Bereich der KI wollen wir weiter vorankommen. Dafür hat die Koalition ein Konzept in Auftrag gegeben, wie ein „AI-Hub“ hier in Frankfurt entstehen kann, um der Branche und möglichen Start-Ups ein angemessenes Kompetenzzentrum zu bieten. Die Potenziale in der Rhein-Main-Region sind groß und vielfältig. Sie müssen unbedingt genutzt und gefördert werden.

Die Entwicklung des Standortes Fechenheim-Nord/Seckbach zu einem nachhaltigen Gewerbegebiet wurde bereits im Jahr 2015 beschlossen. Hierfür wurden Mittel in Höhe von 1,3 Millionen Euro für den Zeitraum von fünf Jahren bereitgestellt. Es wurde ein Standortbüro eingerichtet, welches mit einem Standortmanager der Wirtschaftsförderung und einem*r Klimaschutzmanager*in besetzt wurde. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit vor Ort wurden in der Zwischenzeit beide Stellen verlängert. Im März 2021 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, das 2019 erstellte Klimaschutzteilkonzept umzusetzen und die Personalstelle des Klimaschutzmanagements bis Ende 2026 zu verlängern.

DIGITALISIERUNG



Im Bereich der Digitalisierung stehen weiterhin große Aufgaben an. Lange Zeit wurde dieses wichtige Vorhaben dezentral, über viele Teilstrategien und Projekte verteilt und ohne strategische Ziele und politische Vorgaben betrieben.

Mit unserem Meta-Antrag zur Digitalisierung in der Frankfurter Stadtverwaltung haben wir nun erstmals eine integrierte Digitalisierungsstrategie beauftragt, in der aktuell alle bisherigen Projekte zusammengeführt werden. Für künftige Projekte haben wir der Stadtverwaltung unsere politischen Leitplanken an die Hand gegeben. Die Verwaltung hat diesen Impuls gut aufgenommen und im Rahmen eines Beschäftigtenrats eigene Werte und vor allem ihren klaren Willen zur Digitalisierung formuliert. Im ersten Halbjahr 2024 soll nun die neue Digitalisierungsstrategie verabschiedet werden.

„Bei der digitalen Transformation Frankfurts zu einer modernen Stadt geht es nicht nur um technischen Fortschritt, sondern auch um die Förderung von Inklusion, Datenschutz, Chancengleichheit, Transparenz und Effizienz. Wir streben eine klimaresiliente und sozial nachhaltige Zukunft an, in der Technologie ethisch und barrierefrei für die Bedürfnisse aller eingesetzt wird. Innovation und Partizipation gehen in unserer digitalen Vision Hand in Hand.“

Dana Kube,
digitalpolitische Sprecherin

Gezielte Förderung von Projekten im Bereich IT-Sicherheit und Gleichberechtigung

Für die beiden Aspekte Cybersicherheit und Frauen in IT-Berufen haben wir über Etatträge besondere Akzente gesetzt, da die im Haushalt vorgesehenen Mittel dafür nicht ausreichend waren. Denn für uns ist klar: Gleichberechtigung funktioniert nur, wenn wir es schaffen, mehr Frauen in bislang männerdominierte Berufe zu bringen. IT ist auch Frauensache! Wir haben daher einen Hackathon für junge Frauen in Frankfurt mit Frauenvorbildern aus Verwaltung und der IT-Branche angestoßen, um mehr Frauen für technische Ausbildungen und Berufe zu gewinnen und auch unsere Stadt als attraktive Arbeitgeberin zu stärken.

„Cybersicherheit ist nicht nur eine technologische Herausforderung, sondern auch eine zentrale Frage unserer Sicherheit und Souveränität. Wir müssen unsere Stadt auch digital schützen, um die Freiheit und Stabilität unserer Gesellschaft auch in Zukunft zu bewahren.“

Dr. Christoph Rosenbaum,
sicherheitspolitischer Sprecher

IM INTERVIEW

MIT DEN FRAKTIONSVORSITZENDEN DER GRÜNEN IM RÖMER

Foto: charlesdeluvio | Unsplash

Was haben wir geschafft? Wie geht es weiter? Tina Zapf-Rodríguez und Dimitrios Bakakis sprechen über Erfolge, laufende Projekte und all das, was noch kommen mag.

Ein Herzenthema der Grünen sind Umweltschutz und Klimawandel. Welche konkreten Schritte wurden und werden in Frankfurt unternommen, um widerstandsfähiger gegen die Auswirkungen des Klimawandels zu werden?

Tina: Wir haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, darunter beispielsweise das Förderprogramm „Klimabonus“, um Privatleute bei Begrünungsprojekten oder Mini-PV-Anlagen zu unterstützen.

Neue Grünflächen wie der Rennbahnpark und Mini-Wäldchen nach der Miyawaki-Methode sorgen für dringend benötigte Kühlung in der Stadt – da haben wir uns für die nächsten Jahre auch noch einiges vorgenommen. Es wird auf jeden Fall noch mehr der Mini-Wäldchen geben und weitere Plätze werden begrünt. Der Klimawandelaktionsplan hält Maßnahmen gegen Extremwetterereignisse bereit, zudem investieren wir verstärkt in Hochwasserschutzmaßnahmen entlang des Mains.

Neben Klimawandelanpassung ist ja auch der Klimaschutz an sich ein wichtiges Anliegen. Wir haben uns in Frankfurt das Ziel Klimaneutralität 2035 auf die Fahne geschrieben. Wie können wir das erreichen?

Tina: Eines der wichtigsten Puzzelstücke auf dem Weg zur Klimaneutralität ist die Wärmewende. Wir setzen auf erneuerbare Energie und müssen in die Dekarbonisierung investieren. Die kommunale Wärmeplanung ist ein essenzielles Thema, das auch die Menschen in Frankfurt umtreibt. Beim Strom konzentrieren wir uns besonders auf unser Photovoltaikpotential. Solaranlagen können an verschiedensten Orten installiert werden, zum Beispiel auf städteigenen und privaten Dächern oder landwirtschaftlichen Flächen als Agri-PV, auf Freiflächen neben Autobahnen, und vieles mehr. Seit dem Beginn unserer Solaroffensive steigt die PV-Wachstumskurve in Frankfurt stark an – daran müssen wir anknüpfen und den Ausbau konsequent weiter vorantreiben.

Das klingt nach einem guten Ansatz. Was sind die weiteren Puzzelstücke im Bereich Klimaschutz?

Dimitrios: Nachhaltige Mobilität spielt dabei auch eine sehr große Rolle. Wir setzen uns für eine Stärkung des Umweltverbundes ein, sodass es am Ende eine echte Wahlfreiheit in Bezug auf das gewählte Verkehrsmittel gibt. In einer Stadt, die für den motorisierten Individualverkehr ausgelegt ist, bekommt natürlich meistens das Auto den Vorzug. Habe ich aber sichere Fahrradwege, einen zuverlässigen ÖPNV und barrierefreie Fußwege, kann ich das Auto stehen zu lassen und eine umweltfreundlichere Alternative wählen. Da müssen wir hinkommen und daran arbeiten wir mit Hochdruck. Die vielen neu geschaffenen Radwege und die Verlängerung der U5 in beide Richtungen vom Römerhof bis zum Frankfurter Berg sind markante Beispiele genau dafür.

Klimaschutz, Energiewende und nachhaltige Mobilität schön und gut. Aber wie können wir uns das leisten? Wie stehen die GRÜNEN im Römer zu nachhaltiger Sozialpolitik?

Tina: Nicht umsonst reden wir GRÜNE von der sozial-ökologischen Wende – denn wir müssen Klima- und Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit zusammendenken. Deswegen gibt es ja Förderprogramme wie den Klimabonus, Energieberatung und vieles mehr. Aber man muss natürlich konstatieren: Auch in Frankfurt gibt es Armut und wir haben beispielsweise bei den unter 18-jährigen eine Armutsgefährdungsquote von 30 Prozent. Deshalb wurde das „Frankfurter Bündnis gegen Kinderarmut“ gegründet und auch der Frankfurt-Pass soll weiterentwickelt werden.

Dimitrios: Genau, denn Bildungs- und Teilhabechancen sollten nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein!

Apropos Bildung: Was wurde in den letzten Jahren im Bereich Bildung erreicht und was habt ihr noch vor?

Dimitrios: Als Koalition haben wir Schulplätze geschaffen, die Digitalisierung vorangetrieben und das TUMO-Lernzentrum für digitalen Technologien gefördert. Außerdem finanzieren wir frühkindliche Bildung, indem das letzte Krippenjahr für Kinder entgeltfrei wird. Das betrifft fast 6.000 Krippenplätze in Frankfurt. In den Schulen passiert außerdem ganz viel Präventionsarbeit. Gesprächsformate zu Antisemitismus oder Rechtsextremismus finden dort statt – ich finde das unglaublich wichtig, bei den Kleinsten anzufangen und für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren.

IM INTERVIEW

Was unternehmen die GRÜNEN noch zum Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit? Und wie sieht es mit der Flüchtlingspolitik aus? Welche Schritte wurden da in den letzten drei Jahren unternommen?

Dimitrios: Wir wollen Perspektiven schaffen für Menschen, die in Frankfurt Schutz suchen. Seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine kommen wieder mehr Menschen nach Deutschland und wir mussten in den letzten zwei Jahren Notunterkünfte aktivieren. Gleichzeitig versuchen wir, möglichst viele Menschen schnell dezentral unterzubringen. Erreicht haben wir bereits die Einrichtung einer Stabstelle Antidiskriminierung und einer Ombudsstelle, eine Clearingstelle für Schutzsuchende aus der Ukraine, mehr diskriminierungsfreie Demokratieprojekte, konkrete Erinnerungskultur, interkulturelle Fortbildungen in der Stadtverwaltung und vieles mehr.

Tina: Wir setzen uns außerdem für die Aufarbeitung unserer Kolonialgeschichte ein und kämpfen gegen Rassismus in all seinen Formen. Auch eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara wird es bald geben – da sind wir im Prozess inzwischen schon recht weit und wollen das bis Ende der Wahlperiode eingefädelt haben.

Das wäre super! Aber nochmal zurück zur Unterbringung von Geflüchteten: Hier überschneiden sich ja die Problemfelder, insbesondere wenn es um Flächen und bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt geht. Was wurde bisher gegen die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt getan?

Dimitrios: Wir fördern vor allem Sozialwohnungen, denn Wohnen muss für alle bezahlbar sein. Ende 2023 haben wir daher beschlossen, dass die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ABG zu 60 Prozent sozial geförderte Wohnungen bauen soll. Trotz aller Herausforderungen wollen wir an unseren Zielen festhalten, insbesondere beim Wohnen soziale und ökologische Belange zusammen-

zudenken. Beim Bau von neuen Quartieren ist uns besonders Klimaneutralität wichtig.

Tina: Unser Ziel ist außerdem, dass mindestens 10 Prozent der Studierenden und Azubis einen Wohnheimplatz erhalten können. Besonders für Studierende sind die hohen Mieten belastend!

Ein weiteres wichtiges Thema für die GRÜNEN ist Frauen- und Gleichstellungspolitik. Welche Projekte und Angebote unterstützt die Stadt, um Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen und ihre Selbstbestimmung zu stärken?

Tina: Die Stadt unterstützt Frauenhäuser, Beratungsstellen und Präventionsprojekte, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen. Als eine der ersten Städte deutschlandweit haben wir eine Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Istanbul-Konvention eingerichtet. Zudem bieten wir Unterstützung bei der beruflichen Integration und stärken die Rolle von Frauen in der Gesellschaft. Besonders angesichts des gesamtgesellschaftlichen Rollbacks müssen wir verstärkt hinschauen, was die Rechte von Frauen angeht. Da macht mir die Entwicklung wirklich Sorgen. Wir müssen klar sein und immer klar haben: Frauenrecht ist Menschenrecht!

Und wie werden die Rechte von Menschen der LSBTIQ*-Gemeinschaften gestärkt?

Dimitrios: Frankfurt steht wie kaum eine andere Stadt für Diversität und Gleichberechtigung. Aber auch hier gibt es queerfeindliche Gewalt. Die Sicherheit queerer Menschen zu gewährleisten ist aktuell eine der wichtigsten Aufgaben. Außerdem fördern wir queere Begegnungsräume und Beratungsstellen sowie Initiativen und Projekte und arbeiten daran, die Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Personen zu erhöhen. Wir bewerben uns beispielsweise als Stadt für die Gay Games 2030 und leisten damit einen Beitrag zur Aufklärung und Sichtbarkeit.

Welche Maßnahmen wurden in den letzten Jahren ergriffen um das Gesundheitssystem zu stärken? Und wie wird auf den Drogenkonsum im Bahnhofsviertel eingegangen?

Dimitrios: Der moderne Neubau des Klinikum Höchst in Passivbauweise ist ein Leuchtturmprojekt und als Maximalversorger ist das Krankenhaus essentiell wichtig für den Frankfurter Westen und die Region. Die Herausforderungen im Bahnhofsviertel sind vielschichtig und es gibt keine einfachen Antworten. Zu den kurzfristigen Maßnahmen gehörten seit Corona neue Angebote, um Drogenabhängige von der Straße in die Einrichtungen zu holen, wo ihnen besser geholfen werden kann. Es wurden unter anderem ein Quarantänehotel angemietet, weitere Not- schlafbetten und ein Hygienecenter eingerichtet, Impfaktionen durchgeführt, Konsumräume länger geöffnet, die Öffnungszeiten des Nachtcafés erweitert und eine humanitäre allgemeinmedizinische und psychiatrische Sprechstunde, pflegerische Hilfe für auf den Rollstuhl angewiesene, obdachlose schwerstabhängige Menschen sowie 30 Substitutionsplätze für Menschen ohne Krankenversicherung eingerichtet.

Was kommt in den nächsten zwei Jahren kulturpolitisch noch auf uns zu?

Tina: Wir haben hier in Frankfurt eine reiche Kulturlandschaft und wollen diese weiter fördern. In den letzten drei Jahren haben wir entscheidende Grundlagen dafür geschaffen – die Zukunft des English Theatre ist gesichert, die freie Szene profitiert von umfangreichen Förderungen und der Neubau der Städtischen Bühnen ist ebenfalls einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Noch in 2024 wird die finale Entscheidung über die sogenannte „umgekehrte Kulturmeile“ fallen – die in unseren Augen kulturpolitisch, ökologisch und stadtplanerisch eine sehr gute Lösung für Oper und Schauspiel wäre.

Welche Projekte würdet ihr gerne bis zum Ende der Wahlperiode noch verwirklichen?

Dimitrios: Die Einrichtung eines Regenbogenfamilienzentrums sowie eines „Queeren Safehouses“, in dem LSBTIQ*-Personen Schutz finden, die von Gewalt im nahen sozialen Umfeld bedroht sind, liegen mir persönlich sehr am Herzen. Und auch eine gut aufgestellte Ausländerbehörde, die Willkommenskultur lebt, wäre ein wichtiges Projekt in unseren Augen. Wir werden in der Stadt sicherlich weiter über das Haus der Demokratie und den Kulturcampus, über das Bahnhofsviertel, die Multifunktionsarena und die Europäische Schule sowie auch das Jugendparlament diskutieren. Die Ansiedlung der AMLA (anti-money laundering authority) werden wir als Stadtpolitik in den nächsten Monaten und Jahren ebenso konstruktiv begleiten. Wir freuen uns darüber, dass diese wichtige europäische Behörde zu uns nach Frankfurt kommt!

Tina: Auch nachhaltige und kommunale Gewerbegebiete werden weiterhin Thema sein. Wir müssen in den nächsten Jahren die Stadt nicht nur neu denken, sondern an vielen Stellen auch grundlegend umbauen. Alle, wirklich alle, Investitionen in Infrastruktur müssen unseren CO2-Fußabdruck reduzieren und uns zugleich fit machen für das nicht mehr vermeidbare veränderte Klima.

Vielen Dank für das Gespräch!



IM INTERVIEW

DAS TEAM UNSERER FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Geschäftsführung

Tina Zapf-Rodríguez

Fraktionsgeschäftsführerin

✉ tina.zapf@gruene-fraktion.frankfurt.de

Dimitrios Bakakis

Fraktionsgeschäftsführer

✉ dimitrios.bakakis@gruene-fraktion.frankfurt.de

Matthias Schulz

Stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer
Zuständig für die Bereiche Haushalt und Finanzen,
Controlling und Revision, Ortsbeiräte

✉ matthias.schulz@gruene-fraktion.frankfurt.de

Assistenz

Sabrina Andretzky

Fraktionsassistentin

✉ sabrina.andretzky@gruene-fraktion.frankfurt.de

Social Media

Rodi Cicek

Social Media Manager

✉ rodi.cicek@gruene-fraktion.frankfurt.de

Referent*innen

Ursula Dietz

Zuständig für Kultur und Wissenschaft,
Bildung und Schulbau

✉ ursula.dietz@gruene-fraktion.frankfurt.de

Michael Falk

Zuständig für Mobilität und Smart City

✉ michael.falk@gruene-fraktion.frankfurt.de

Wiebke Kabel

Zuständig für Klima- und Umweltschutz, Sport,
Personal und Sicherheit

✉ wiebke.kabel@gruene-fraktion.frankfurt.de

David Sabau

Zuständig für Diversität, Zusammenhalt,
Beteiligung und Europa

✉ david.sabau@gruene-fraktion.frankfurt.de

Pauline Scheidemann

Zuständig für Soziales und Gesundheit,
Wirtschaft, Recht und Frauen

✉ pauline.scheidemann@gruene-fraktion.frankfurt.de

Ingo Sturm

Zuständig für Planung, Wohnen und Städtebau,
Beteiligung und Digitalisierung

✉ ingo.sturm@gruene-fraktion.frankfurt.de



**DIE GRÜNEN
IM RÖMER**

